

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozinsungspreis aus der abg. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Druckgeld monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen wertschätzbar. Nr. 270. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 6 — Erstausgabe mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags.

Redaktion: Gr. Brüderstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Gespedition: Gr. Brüderstraße 14. Tel. 1768.
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zinsen werden bei Spezialposten mit 80 Pf. berechnet, bei normalen Wiederholung wird Rabatt gewährt. Bezeichnungen 80 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr morgens in der Redaktion abgegeben sein um sie zu veranlassen zu beobachten. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 6.

Dresden, Donnerstag den 9. Januar 1913.

24. Jahrg.

Wie die Chemnitzer Allgemeine Zeitung meldet, ist Bethmann in der Finanzminister-Konferenz für eine Vermögenszuwachs-Beschränkung eingetreten, die die Kanzler vollständig freiläßt.

Eine von der Post gebrachte Meldung über eine neue Heeresvorlage wird vom Kriegsministerium bestätigt.

In der Frage der ägyptischen Inseln bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen Tripolitana und Dreibund.

In Ruhland hat sich die Zahl der streitenden Katholiken um 12000 vermehrt.

Auf der Grube Kransfeld bei Saarbrücken wurden vier Bergleute verschüttet. Einer wurde getötet.

Bei dem Einsturz einer Haustür in Rom wurden zwölf Personen getötet.

Die Eröffnung des preußischen Wahlkampfes.

Auf dem Parteitag, der in den letzten Tagen in Berlin stattfand, hat die preußische Sozialdemokratie ihren Auftakt für die im Sommer zu erwartenden Neuwahlen des Abgeordnetenhauses vorgenommen. Der überaus starke Besuch des Parteitages, der fast den Umfang eines allgemeinen deutschen Parteitags annimmt, sowie der treffliche Verlauf der Beratungen zeigen, daß das Interesse und das Verhältnis der Arbeiterklasse in Preußen an den Angelegenheiten ihres Staates in stetigem Wachsen ist, daß der Wille, aus dem heutigen preußischen Elend herauszugehen, nicht erlahmt, sondern stets frischvoller und umfassender sich gestellt macht. Durch alle Beratungen dieses Parteitages zog sich die Erkenntnis, daß der Kampf um die Befreiung Preußens ungeheure Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden hat, aber auch die Überzeugung, daß diese Aufgabe der größten Anstrengungen wert ist und daß diese Anstrengungen mit dem Aufgebot aller Kräfte gemacht werden müssen.

Zu dem Bericht über die Tätigkeit der preußischen Landtagsfraktion, in dem Vortrag und in der Diskussion über die Lage der preußischen Landwirtschaft wurde das wirtschaftliche und politische Elend des preußischen Unterstaates wiederum gekennzeichnet. Aber das Hauptinteresse des Parteitags war natürlich auf die Frage gerichtet: Wie soll die Arbeiterklasse dieses Elend überwinden, wie kann sie die bevorstehenden Wahlen benutzen, um Preußen ein Stück vorwärts zu ziehen? Ein Fortschritt in Preußen ist nicht denkbar ohne die Befreiung des schwachen Dreiklassenwahlsystems — wie kann dieses Ziel durch die Wahlen unter eben diesem Wahlsystem gefördert werden?

Vor einiger Zeit trat die Meinung innerhalb unserer Partei auf, daß es bei den nächsten Wahlen in Preußen, da sozialdemokratische Mandatsvermehrungen in irgendwie größerer Zahl unmöglich sind, darauf ankommen müsse, Junker und Klerikale zu schützen, Liberale zu unterstützen. Es sollte das Amt des Dreiklassenhauses umgedeutet werden und dann sollten die verhältnisse liberalen Parteien zeigen, ob sie gewählt undfähig seien, dem Volke ein besseres Wahlrecht zu gewinnen. Dieses Ziel sollte dadurch erreicht werden, daß die sozialdemokratischen Wähler in den Kreisen, wo unsere Partei nicht aus eigener Kraft zu siegen vermag, logisch für liberale Wahlkämpferkandidaten eintreten, sofern diese bestimmte Zugeständnisse in der Wahlrechtsfrage machen. Die weit überwiegende Mehrheit der preußischen Partei hat jedoch diesen Auffassungen widerstanden. Die Führer der Mehrheit warnen vor Überdrücksung der Liberalen. Sieht würden, wenn sie wirklich in höherer Zahl durch sozialdemokratische Hilfe gewählt würden, ihre etwaigen Zugeständnisse doch nur sehr schlecht halten. Es sei aber auch bei der Struktur des Wahlsystems überhaupt ausgeschlossen, eine sehr große Zahl Liberaler durchzubringen. Unsere Partei darf auf so unsichere Aussichten hin keineswegs ihre Selbständigkeit aufgeben. Vielleicht würde es unter den Arbeitern gar nicht verstanden werden, daß sie ohne weiteres Liberalen wählen sollten, und es würde solche Wahlaktivität eher zur Zersetzung des ganzen Wahlkampfes führen. Aus diesen Erwägungen heraus schlug die preußische Landeskommunisten ihre Thesen für die Wahlaktivität vor, die in der Hauptrede darauf hinausgehen: zuerst Aufführung sozialdemokratischer Wahlkämpfer, selbständiger Kampf auf der ganzen Linie, dann bei Stichwahlen — sowohl bei der Wahlkämpferwahl als auch bei der Abgeordnetenwahl — Unterstützung der Liberalen, wenn sie für das allgemeine gleiche gegebene Wahlrecht eintreten und Gegenleistungen für die Sozialdemokratie ausführen. Der Landtagsabgeordnete Genoss Paul Hirsch hat auf dem Parteitag diese Thesen in einem umfassenden vorzüglichen Referat befürwortet. In der Diskussion fanden die abweichen den Meinungen in ihren verschiedenen Nuancierungen zur Geltung. Besonders die Genossen Bernstein, Landsberg und Albus traten dafür ein, daß wir an die Liberalen, wie sie nun einmal beschaffen seien, hohe Anforderungen nicht stellen, daß wir das Verlangen der Gegenleistungen nicht zu hart halten dürften. Ihnen traten außer Hirsch besonders Ströbel, Karl Liebknecht, Adolf Hoffmann entgegen.

Es ist die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß schlie-

lich diese abweichen den Meinungen nach der gegenseitigen Absprache in einen einmütigen Beschluss ausfließen. Die Befürworter der Landeskommunistenthesen fanden den Vertretern der weitergehenden Unterstützung der Liberalen dadurch entgegen, daß sie bei aller Festhaltung an den Grundlinien ihrer Wahlaktivität doch einen etwas freieren Spielraum für die in der Wahlzeit endgültig zu festlegenden Wahlauslassungen einräumen. Hierin erblickten die Genossen die abweichen den Meinung ein hemmloses Augeständnis an ihre Auffassung und so erklärten sie, auf die von ihnen eingebrachten Anträge verzichtet und für die Thesen der Landeskommunisten stimmen zu können. Damit ist auch diese schwierige Frage der Wahlaktivität zum Ausklang gebracht worden.

Welche Wahlaktivität auch immer für die beste und erfolgreichste angesehen werden mag, darüber hat sich auf dem Berliner Parteitag einheitliche Übereinstimmung befunden, daß der Kampf um Preußen's Befreiung in der bevorstehenden Zeit mit aller Kraft und Wucht aufgenommen werden soll. Es gilt, die Zeit der Wahlen auszunutzen für die Aufführungskraft über die preußischen Wohlstände. Es gilt, die Massen mehr denn je aufzurütteln und mit Empörung gegen ihre Entfeindung zu erfüllen. Es gilt, alle Bemühungen aufzuwenden, daß der Protest des Volkes gegen seine Vergewaltigung am Tage der Wahlen sich überwältigend groß, mächtig und eindrucksvoll gestaltet.

• • •

Wesentlich ist die verständige Stellungnahme des Berliner Tagesschriften zu dem Beschlusse des Parteitags:

„... Es kommt dazu, daß, wenn auch nicht in dem Wortlaut der Resolution, die heute auf dem sozialdemokratischen Preßentag angenommen worden ist, so doch in den Äußerungen einzelner Vertreter sich die scheinbare Kluft zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie nicht unerheblich vermeidet hat. Selbst Herr Hirsch hat ausgegeben, daß die Fortschrittliche Volkspartei in den letzten Jahren in der Wirtschaftsfrage eine entschlossene Haltung gezeigt habe. Er hatte auch ganz recht mit seiner Bemerkung, daß, wenn die Fortschrittkräfte den Klientelat wählten, nicht die Sozialdemokratie, sondern der Fortschritt die Meutie stürze. Warum es schließlich kommt, das ist, daß bei den kommenden Landtagswahlen zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie Gegenseitigkeit geübt wird. Dafür sind wir von Anfang an eingetreten, und wir können nur wiederholen, daß uns hier der Schlüssel zu einer Verstärkung der Linken bei den kommenden Landtagswahlen zu liegen scheint.“

So wie jetzt vom Preßentag angenommene Resolution einem tatsächlichen Zusammengehen zwischen Fortschrittkräften und Sozialdemokraten nicht durchweg günstig sei, das haben wir wiederholt ausgeführt, und wir brauchen es nicht zu wiederholen. Aber man darf auch nicht so weit gehen, zu beweisen, daß es eine solche tatsächliche Verbindung geschweige verbündet. Es kommt noch mehr als auf eine theoretische Resolution auf ihre praktische Anwendung an. So viel wir sehen, soll durch die angenommene Resolution nicht ausgeschlossen werden, daß auch Maßnahmen zugelassen werden, wo ihre Klarheit Durchführung sich als unmöglich erweist. Notwendig ist dabei, daß auch der Fortschritt der Sozialdemokratie gegenüber Gegenkommunisten geht. Man darf erwarten, daß der Wille dazu, der zwecklos vorhanden ist, sich auch in entsprechenden Taten äußert. Geschicht es, dann wird zwar noch keine Garantie für einen neuen Kurs in Preußen gegeben sein — das ist unter dem geliebten Dreiklassenwahlrecht ausgeschlossen —, aber man wird auf eine Balance rechnen können, die Klarer und entschlossener als bisher dem Dreiklassenwahlrecht zu Seite geht und seine Befreiung auch gegen den Willen der heute noch in Preußen allmächtigen reaktionären Kräfte erzwungen.“

Bethmann, der Knecht der Drückeberger.

Über den Stand der Vorbereitungen der Besitztuer vor der Wahl erfährt die Chemnitzer Allgemeine Zeitung im Gegensatz zur Kölnischen Zeitung, daß die Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister am Sonnabend mit einer vollständigen Entscheidung der Geister geendet habe.

Es ist nicht einmal gelungen, auch nur über die Grundzüge des vorgubebenen Entwurfes eine prinzipielle Einigung herbeizuführen, denn der Reichskanzler will mit Rücksicht auf den preußischen Landtag, dem er als Ministerpräsident für seine Schritte im Bundesrat verantwortlich ist, die Vermögenszuwachssteuer vorschlagen, die nur die beweglichen und die in der Industrie arbeitenden Vermögen trifft. Dabei leite den Kanzler auch die Rücksicht auf das Zentrum und die Konserventen sowie der Gedanke, nicht noch einmal von der Linken des Reichstages ein großes Gesetz gegen die Rechte annehmen zu lassen.

Die Einzelstaaten dagegen, mit Ausnahme derer, die wirtschaftlich und politisch von Preußen abhängen, sind im Prinzip für die Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer vorbereitet. falls diese keine Aussicht auf Annahme im Reichstag hat, für eine Einigung auf der Grundlage eines der Gewissens Erbschaftssteuer-Vorläufers. Sie sind entschlossen, mit Rücksicht auf ihre eigenen Finanzen den äußersten Widerstand gegen einen Einbruch des Reiches in das Gebiet der direkten Vermögenssteuer zu leisten. Die innerpolitische Lage kennzeichnet sie dahin, daß zur Reichsregierung und zu Preußen die Kleinstaaten mit Ausnahme der Freien Reichsstädte stehen, zusammen etwa 81 Stimmen im Bundesrat, also eine knappe Mehrheit, falls

der Kanzler seinen Willen mit Gewalt durchsetzen versuchen sollte.

Bethmanns heißestes Bedürfnis ist es, die Besitztuer vorlage so zu rechtfertigen, daß auch die Herren Junker Ja und Nein dazu sagen. Sollte es sich so verhalten, wie die Chemnitzer Allgemeine Zeitung meldet — und ihre Meldungen längst durchaus nicht unglaublich —, so würde das allerdings der Gipfel sein. Eine Vermögenszuwachssteuer, die von vornherein den Vermögenszuwachs freiläßt, der bei Angehörigen einer bestimmten Kaste eintritt, ist ein Klempnerei, das selbst für den preußisch-deutschen Kaiserstaat unerhört wäre.

Auch der älterjährige Professor der Finanzwissenschaft würde eine solche Steuer als eine schreiende Ungerechtigkeit empfinden. Schwer fehlt das deutsche Volk unter der Last der Teuerung, die zum größten Teil die Folge unserer Handelspolitik ist. Dieselbe Politik, die es dem armen Manne oft unmöglich macht, sich und die Seinen genügend zu ernähren, hat den Herren Agraranten die Taschen gefüllt. Ihr Vermögen wächst infolge des Goldrausches und der Abspeisung der Grenzen kolossal. Täglich steigen die Sättigungen davon, wie gewaltig die Güterpreise gestiegen sind. Aber Bethmann ist längst darauf bedacht, daß den Herren um Gütesachen von ihrem Raube auch nicht ein Pfennig genommen wird.

Der Arbeiter, der Angestellte, der Kaufmann, der Industrielle, alle sollen sie gut bedient werden, nur der Junker nicht, der so oft so tut, als wenn er den wahren, den echten und rechten Patriotismus in Erbacht genommen hat, und mit seinem großen Mund tagein, tageaus gewaltige Opfer für Kaiser und Reich auf den Altar des Vaterlandes niederlegt.

Wahrschlich die Staatsmänner, mit denen Preußen-Düsseldorf bisher geplaudert war und die zumeist selbst aus der edlen Junkerklasse stammten, haben dem deutschen Volle so mancherlei zu bieten gewagt, um die Habsburger der agrarischen Herrschaft zu besiedeln. Bethmanns höchster Erfolg ist es offenbar, alles bisher Dagewesene noch zu überbieten.

Die Ursachen der Teuerung.

Kr. Als im Laufe der vergangenen Jahre die Entstehungskosten für Industrieprodukte fortwährend aufzugehen, während trotzdem die Warenpreise steigen, löst diese Entwicklung meistens die Warenpreise über eine Teuerung aus. Dieser Umstand findet wohl seine Erklärung im gleichzeitigen Sinken der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel, oder doch im Verbrauch derselben, bei steigenden Löhnern. Nachdem indessen auch bei allen landwirtschaftlichen Produkten, durch die Bollwerk des Deutschen Reiches begünstigt, eine starke Aufwärtsbewegung des Preises einzulehnen, wurde die Versteuerung doppelt fühlbar. Das erscheint um so begeisterlicher, weil besonders die Ernährung den größten Teil des Arbeitersinkommens verschlingt, und weil jegliche Versteuerung auf diesem Gebiete zu höchst fühlbaren Einschränkungen der ohnehin knappen Nationen zwinge. Welchen erschrockenden Umfang dieser Bericht bereits genommen hat, darüber geben gelegentliche Notizen in der Arbeitspresse Aufschluß. An der Hand amtlicher Zahlen aus den Jahrbüchern der Städte Dresden und Rüthen wollen wir zu diesem Kapitel ein wenig beitragen. Danach ging in Dresden in der Zeit von 1890 bis 1910 der Verbrauch an Fleischgetreide pro Kopf von 123 auf 105 Kilogramm zurück, während der Fleischverbrauch von 72 auf 57 Kilogramm gesunken ist. Um zu wissen, auf welchen Kosten die Einschränkung erfolgt ist, sei daran hingewiesen, daß sich der Wild- und Geflügelkonsum nur von 3,90 auf 3,52 Kilogramm verminderte. In Rüthen sank seit 1891 bis 1909 der Fleischverbrauch pro Kopf von 112 auf 100 Kilogramm, und die verbrauchte Fleischmenge von 67 auf 54 Kilogramm. Dass angeblich solcher Boben der Rat, etwas weniger gut zu leben, von den Arbeitern als blauer Hahn empfunden werden muß, ist nur zu erklären, und daß fortgesetzte Preissteigerungen eine gewaltige Erblindung auslösen müssen, versteht sich am Ende.

Indessen sollte man vermieden, blindlings zu urteilen, und versuchen, zu ergründen, welches Ursachen und Folgen der Preissteigerungen sind. Reminiscent dieser Umstände vermittelt dann auch Einsicht über den Weg zu ihrer Beseitigung. Kann man die volksverwüstende Preisgestaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse insbesondere mit erhöhten Entstehungskosten begründen? Wenn ja, dann wäre die Preissteigerung zum mindesten verständlich, wenn auch in solchem Falle bestritten werden möchte, daß dann der Staat das Recht hat, die Grenzen gegen billigere Nahrungsmittel zu sperren. Die oben gestellte Frage beantwortet, heißt jedoch nichts mehr und nichts weniger, als entkräften, daß feinerlei, aber auch gar kein Grund für eine Preissteigerung der notwendigsten Bedarfssachen für die Ernährung vorliegt. Man kann den schlüssigen Beweis für diese Behauptung ziemlich einwandfrei, sogar an der handlichen Materialien bezüglich mit den Ausführungen der angeführten Wissenschaftler führen.

Auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1909 schloß Professor Dr. R. Valdor in seinem Referat über

Stadt aus ihren Stadtbezirk immer weiter über Städte und Städte hinaus ausdehnen. Diese feindlichen Stämme, die ohne jede See und Schlag ihr Auge auf ein großes, goldiges Sonnenblumen gelegt haben, haben sich in den Städten und Städten auf. Ihre eigene Robitum hat dies auch internativerweise.

Gedenk des Sojus Rosen, gelbe, weiße, rote Rosen, einen kleinen, kaum vom See umhüllten wurde und Rosen erkundete. Soß a berliche Städte in den Städten und Städten auf. Diese Robitum hat dies auch internativerweise.

„Ja“, sagt Stadl, „könnte.“ und nimmt den eingebildeten

Die Produktivität in der Landwirtschaft die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionsmenge seit Ende der nebziger Jahre auf mindestens 66 Prozent. Diese Mengenzunahme wurde erreicht trotz Abnahme der Landwirtschaft teilenden Bevölkerung, die von 18,7 Millionen 1882 auf 16,9 Millionen im Jahre 1907 zurückging. Neben der Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist aber auch ein ganz bedeutender Anstieg der landwirtschaftlich benutzten Flächen zu verzeichnen. Diese verminderte sich von 36,7 Millionen Hektar im Jahre 1878 auf 31,8 Millionen Hektar im Jahre 1907. Eine um 2 Millionen geringere Volkszahl erzeugt auf einer 5 Millionen Hektar kleineren Fläche 66 Prozent mehr Gebrauchsgüter. Was kann deutlicher für einen Senken der Entstehungskosten landwirtschaftlicher Produkte sprechen? Indestens sind die Preise gestiegen! Man mag unsangreiche Bodenverbesserungen annehmen, es werden sicherlich auch erhöhte Aufwendungen für Ackerbearbeitung und Maschinen nebst Bau von Wirtschaftsbauten gemacht worden sein; aber alle diese produktionsverstärkenden Maßnahmen sind mindestens ausgeglichen worden durch eine außerordentlich gestiegene Fruchtbarkeit. Diese liegt sich jedoch bei entsprechender Bewirtschaftung noch um viel mehr erhöhen. Zweifellos hat die scharfe Preissteigerung landwirtschaftlicher Produkte zu einer geradezu hervorragenden Rentabilität besonders der Betriebe geführt, die rationell bewirtschaftet werden, und allgemein vertraulich kleine Besitzer heute ihre Kürzlichkeit, die sie vor noch kaum 10 Jahren Parzellen verloren ließen.

Versuchen wir, die landwirtschaftliche Rentabilität zahlenmäßig zu erfassen, wobei vorläufigerweise eher zu niedrig als zu hoch gegriffen werden soll. Die wiedergegebenen Zahlen entstammen Professor Brönner's Schrift über die deutschen Getreidezölle bezüglich dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich. Danach ergibt sich folgende Zusammenstellung:

Getreideart	Durchschnittlicher Ertrag		Preis pro Toppelzentner in	
	Per ha in Toppelzentner	Mark (Notierung: Berlin)	Per ha in Toppelzentner	bei Ceres München)
Roggen	11,62	17,4	14,06	17,65
Wizen	14,87	20,2	16,09	23,39
Gespe	10,76	19,6	16,22	19,79
Haf	14,14	18,8	18,42	17,00

Man multiplizierte nun den Durchschnittsertrag 1882 bis 1891 mit dem Preis 1885, und ebenso den Ertrag von 1908 bis 1911 mit dem Preis 1909, und man bekommt den Wert des Getreideertrags in Mark. Die Steigerung des Ertrages beträgt seit reichlich zwanzig Jahren bei Roggen rund 143 Mark, gleich 88 Prozent, bei Wizen 233 Mark, gleich 97 Prozent, bei Gerste 132 Mark, gleich 52 Prozent und bei Hafer 129 Mark, gleich 68 Prozent. Dazu kommt, daß nicht nur die Preise seit 1909 weiter angezogen haben, sondern auch die Getreideerträge fortgesetzt wachsen.

Die Steigerung der Getreidepreise ist nun einmal richtunggebend für die Preise anderer landwirtschaftlicher Artikel, und damit für die Fleisch- und Fleischwaren und zuletzt für den Kaufpreis des Grund und Bodens. Hat sich die Preisenentwicklung erst einmal diesem als Produktionsmittel mitgeteilt, dann wirkt sie ganz anders als bei den Industrieprodukten. Drei erneutern sich die Produktionsmittel nach längerer oder kürzerer Zeit und ein hinsichtlich erhöhter Preis für sie wird immer wieder fortgesetzt. Das dagegen das Produktionsmittel Grund und Boden einmal einen hohen Preis erreicht, dann ist ein Senken nahezu ausgeschlossen, dann wirkt dieser erhöhte Preis immer weiter auf die gewonnenen Produkte. Im erhöhten Preis für landwirtschaftliche Produkte wird dann der Arbeiterschaft ein besonderer Vertrag abgenommen, der den ehemaligen oder gegenwärtigen Besitzern des Grund und Bodens in Form minderhoher Rente und Gewinne zuläßt. Fast 8 Milliarden Markwohnen sind seit 1886 bis 1909 in ländlichen Bezirken mehr eingetragen als gelöscht worden. Am Überschuß der Eintragung über die gelöschten Summen zeigt sich recht anschaulich der Beginn der landwirtschaftlichen Teuerung.

Eine Entwicklung, die zur Steigerung der Bodenpreise führt, bringt schließlich auch einen Gewinn für den kleinen Besitzer. Am Wohlstand schädigt sie ihn empfindlich. Sie zieht ihn schon bei Ertgang, entsprechend dem höchsten Grundwert, die Mitterben höher auszuzahlen. Hohe Preise für das Land erfordern aber besonders den Erwerb durch Kleinbauern, während sie Großgrundbesitzern, die als Verkäufer auftreten, fabelhafte Gewinne in den Schoß werfen. Auflegt erhöhen folgende Bodenpreise die Pachten, deren Ausbringung dem Pächter in schlechten Entzeiten nicht geringe Sorgen bereiten kann. Um welche Siedlungen es sich dabei handelt, mögen zwei Beispiele zeigen. Im Kreis Ruhland liegt die 1600 Morgen große Domäne Umlauf, deren Hochpreis 1910 von 12.000 Mark auf 25.100 Mark stieg. Die 1915 Morgen große Domäne Griesheim hatte gar eine Steigerung von 13.000 Mark auf 30.256 Mark zu verzeichnen. Das Güter innerhalb weniger Jahre mehrfach den Besitzer wechseln, und daß sich ihr Preis in kurzer Zeit oft verdreifacht, ist fast eine alltägliche Erfahrung.

So führt die heutige Wirtschaftspolitik zur künstlichen Verteuung der Produkte und über diese zur Erhöhung der Bodenpreise und zur Verewigung der Teuerung. Gegen eine solche Entwicklung gibt es nur ein Hilfsmittel, und nur die Sozialdemokratie ist gewillt, es anzuwenden. Nur die gesellschaftliche Entwicklung des Kapitalismus kann letztendes das arbeitende Volk von einer Drohnensteuer befreien, die heute in Gestalt überhoher Nahrungsmittelepreise eingetrieben wird und jenen Zustand auslöst, der reaktionäre Faust dem deutschen Volke schlägt im Norden sitzt.

Deutsches Reich.

Eine neue Militärvorlage?

Neben einer neuen Militärvorlage weiß die Post zu berichten. Ihr wird angeblich von hoher militärischer Seite folgendes gemeldet:

Eine neue Militärvorlage wird in nächster Zeit, voraussichtlich noch im Monat Januar, dem Reichstag vorgelegt werden. Sie ist bestimmt, alle Rüden auszufüllen, die die letzte Militärvorlage noch hat bestehen lassen. Vor allen Dingen wird die Stärke der Kompanien so bedeutsam erhöht werden, daß sie allen Anforderungen gewachsen ist und eine vorzügliche Ausbildung der Leute gewährleistet wird. Außerdem werden die schlanken dritten Bataillone nachgefordert, die

Kavalleriedivisionen schon im Frieden aufgestellt und die Infanterierei wie früher zu einer Ausbildung mit der Waffe einberufen. Die bereits bei einigen Armeekorps bestehenden, über die normale Zahl hinausgehenden Brigaden und Regimenter sollen zu einem neuen Armeekorps zusammengefaßt werden. Auch den Wünschen der Artillerie nach höherer Spannung u. a. wird durchaus Rechnung getragen werden.

Diese Meldung der Post ist sofort ein offizielles Dement auf dem Fuße gefolgt. Das kirchliche Telegraphenbüro erklärt, es sei von der zuständigen Stelle des Kriegsministeriums zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Nachricht nicht erlaubt ist.

Außief ist ja mit dem Dement nicht gesagt, im besten Falle doch nur, daß nicht eine Militärvorlage in der Form erscheint, in der sie die Post anfündigt. Man darf aber durchaus nicht aus dem Dement schließen, daß nicht über kurz oder lang mit anderen Rüstungsvorlagen an den Reichstag herangezogen werden wird. Vielleicht liegen die Pläne dafür schon im Kriegsministerium. Darauf, daß eine Ausfertigungsvorlage in Wölde eingebracht werden wird, kann ja sowieso kaum mehr gezweifelt werden.

Schließlich ist ja auch damit gar nichts bewiesen, daß man im Kriegsministerium an der zuständigen Stelle nichts von einer solchen Vorlage weiß. Was heißt „außief“? Wie so die Dinge bei uns gehen, besagt das nichts. Wer weiß, ob nicht eine recht gesetzliche Vorlage bereits von irgendwelchen hochstehenden Herrschaften ausgeschoben ist und die ganze Sache einfach plötzlich von ihrem obersten Kriegsherrn den Befehl erhält, einen entsprechenden Entwurf vorzulegen und im Reichstag zu verteidigen.

Das deutsche Volk wird also trotz des Dements damit rechnen müssen, daß eines schönen Tages von ihm verlangt wird, es soll noch ein paar hundert Millionen mehr dem Militarismus in seinen unersättlichen Rachen werfen.

Wagenmangel.

Die sozialdemokratische Interpellation über den Wagenmangel ist noch vor Weihnachten von einer Sitzung zur anderen auf der Tagesordnung weiter geschoben worden, bis schließlich am Todestag des bayrischen Prinzregenten die ganze Tagesordnung auf den Januar verschoben wurde. So konnte es kommen, daß gestern erst der Reichstag über eine Angelegenheit verhandelt, die ihre aktuelle Bedeutung bereits verloren hat. Diese verpätete Behandlung ist aber trotzdem keineswegs überflüssig gewesen: Denn wenn auch der Nebelstand inzwischen seine Schärfe eingebüßt hat — er bleibt doch im Grunde bestehen, da seine tiefere Ursache, die fehlende und unvollkommene Organisation der Eisenbahnverwaltung, besteht. Man weiß: Zu jedem Augenblick kann die latent vorhandene Krankheit wieder ausbrechen.

Es wäre deshalb nicht schlecht gewesen, wenn das Haus seine Teilnahme an den Verhandlungen etwas lebhafter beendet hätte. Die Aufmerksamkeit war gering, und die Redner aller Fraktionen hatten mit einer gewissen Unruhe der nicht eben zahlreichen Hörer, wenn man von „hören“ überhaupt noch sprechen darf, zu kämpfen. Das aktuelle Interesse schlägt.

Unter Genossen König, der die Begründung der Interpellation übernommen hatte, fand sich trotz der Schwierigkeit des Gegenstandes und der äußeren Umstände durchaus. Seine vorzügliche Kenntnis des Materials fand ihm dabei sehr zu Hause. Mit ruhiger Bestimmtheit trug er die geordneten Tatsachen vor, und zog aus ihnen allgemeine Schlüsse auf den Charakter und die Qualität der preußischen Eisenbahnverwaltung. Er besprach dabei besonders die Wirkung der Verkehrsnotwendigkeit auf die Arbeiterverhältnisse und forderte aus diesem Anlaß auch eine Entschuldigung für die Bergleute, deren Lohnverlust außerordentlich ins Gewicht falle. Darüber hinaus zeichnete er die Grundzüge einer weitreichenden Verkehrs- und Eisenbahnpolitik, wie sie in Preußen nicht betrieben wird.

Die Regierung machte sich die Antwort überaus leicht. Der Präsident des Reichseisenbahnamtes sagte etwa: Der preußische Eisenbahnamt ist nicht hier, weil den Reichstag die Reichseisenbahnamt hat sich nichts vorgeworfen. Das war der wesentliche Inhalt seiner Erwidung, die im übrigen natürlich alles Schwarz in Rosa malte.

Die Herren Dr. Bell vom Zentrum und Schwabach von

der nationalliberalen Partei redeten längere Zeit um die Sache herum, wobei der Zentrumredner noch besonders das Dreiklassensystem gegen die allzu gerechten Angriffe unseres Redners in Schlag nahm. Unter stärkerer Beleidigung der Steuerzuschläge nicht denkt. Die Unterbeamten sollen sich seiner Meinung nach genau so wie alle anderen Staatsbürger mit den Steuerzuschlägen abfinden. Das einzige, was die Regierung mit Defiziten rechnet, hohe Überschüsse gebracht und auch das neue Jahr ist ein recht günstiges. Ausgaben und Einnahmen halten seit langer Zeit wieder einmal das Gleichgewicht. Es ist keine Anleihe zur Deckung eines etwaigen Hahlbetrages erforderlich. Widerspruch begegnet der Minister nur an zwei Stellen seiner Rede, einmal, als er ankündigt, daß die Unterbeamten trotz der Teuerungsverhältnisse keine Zulage erhalten sollen, und zweitens, als er die freilich nicht überraschende Mitteilung macht, daß die Regierung an die Aushebung der Steuerzuschläge nicht denkt. Die Unterbeamten sollen sich ebenfalls beginnen, noch ein ernstes Wort zu reden sein. Charakteristisch ist, daß die Regierung, obwohl sie ohne Not die Steuerzuschläge beibehalten will, auf der anderen Seite das Geld mit vollen Händen hinauswirft, beantragt sie doch eine Erhöhung des Fonds zur Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung auf 2½ Millionen Mark. Was über diese eines Polizeistates würdigste Maßnahme zu sagen ist, wird unser Ersatzredner der Regierung am Sonnabend sagen.

Entwicklung der Lebensmittelpreise in den letzten zehn Jahren.

so. Die ungeheure Steigerung der Preise aller wichtigen Lebensmittel kommt einem erst so recht zum Bewußtsein, wenn man diese Steigerung über einen längeren Zeitraum hin verfolgt. In der soeben erschienenen letzten Nummer der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches geschieht dies für die Städte Berlin, Breslau und Dresden und die Jahre 1902 bis 1911. Wir greifen Berlin als den wichtigsten Marktort heraus und finden folgende Entwicklungsraten. Es loszte im Kleinhandel pro Kilogramm in Pfennigen

	1902	1904	1906	1908	1910	1911
Rindfleisch, Rulle	151	154	178	178	184	198
" Bauch	120	122	129	130	145	140
Schweinefleisch, Rücken	170	158	200	182	108	188
" Bauch	138	125	167	140	157	146
Halsfleisch, Rulle	162	162	190	186	197	190
" Bauch	183	196	157	153	164	172
Hammelfleisch, Rulle	149	152	174	174	178	180
" Bauch	128	135	154	161	153	155
Roggenbrot	24,2	23,5	27,1	31,8	27,7	27,9
Kartoffeln	5,8	7,2	5,5	7,4	5,8	7,2
Butter	281	296	260	265	266	266
Eier (je Schod)	575	598	418	408	408	424

Es ist bedauerlich, daß in der Zusammenstellung nicht auch die Preise von 1912 mit aufgenommen sind: das Bild wäre dann noch ein viel prägnanter geworden. Aber auch so tritt die Teuerungsstendenz deutlich genug her vor. Im Laufe von neun Jahren ist das Kilogramm Rindfleisch um 29 bis 40 Pf., das Kilogramm Schweinefleisch um 12 bis 18 Pf., das Kilogramm Halsfleisch um 27 bis 29 Pf., das Kilogramm Hammelfleisch um 28 bis 31 Pf., das Kilogramm Roggenbrot um 3,7, das Kilogramm Kartoffeln um 1,9, das Kilogramm Butter um 35 und das Schod Eier um 46 Pf. verteuert worden! Wohl auch der größte Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung wird nicht behaupten wollen, daß die Börsen in derselben Zeit in entsprechendem Verhältnis gestiegen seien.

überall den
Gebung lassen

christlichen Ge-
gen, und dann
ist wird klar,
al den Streit
des Bischofs
veröffentlicht:
zeugt bin, das
einfach auf
eis zurück
die inhaltlichen
einfachen ein-
erklärungen
sich betreft der
der Höhe, jeder
den kann für die
dasselbe Eindruck
beschönigen, das
ie bitter haben
es mit später
ten Reden nicht
n. Eure Hoch-
iner Bitte! Ihre
nen alle innig
nen Tagen ver-
Gebund des
Erfüllung ihrer
Liebe Christi

Kapitalabfindung bei Unfallrenten. Der Bundesrat hat über die Berechnung des Kapitalwertes bei Abfindungen für Unfallrenten auf Grund der Reichsversicherungsordnung Bestimmungen getroffen. Danach ist, wenn die Abfindung im Laufe eines Jahres vom Unfalltag an geredet erfolgt, das Vierteljahr der Jahresrente zu zahlen. Erfolgt die Abfindung später, so richtet sich das Abfindungskapital nach dem ursprünglich erreichten Alter des Verletzten und der seit dem Unfalltag verstrichenen Zeit.

Hinzugetragen. Parteihäfen der Nationalliberalen und Christlichsozialen hat den bisherigen Dogen der Oberbürgermeister Euno. Dieser zweijährige Amtsbeginn abgelaufen war, gestürzt. Als am 7. Januar d. J. die Neuwahl vorgenommen werden sollte, wurde mit 21 gegen 16 Stimmen die Ausweitung abgelehnt. Daraufhin verließ die Minderheit den Sitzungssaal. Mit 22 Stimmen wurde nun Euno gewählt. Die jetzt Sozialdemokraten stimmten für ihn. Euno ließ den Stadtvorstand verlammung mitteilen, daß er die Annahme der Wahl ablehne und in den Ruhestand treten wünsche.

kleine politische Nachrichten. In Stuttgart stand der bekannte konservative Politiker und frühere Heimstags- und Landtagsabgeordnete Friedrich Schrempp. - Wollten den Grafen Tisza und dem Grafen Aladar Széchenyi sand ein Säbelduell statt, weil Graf Széchenyi erklärt hatte, er habe den Gruss des Grafen Tisza nur ironisch erwidert.

Die Friedensaktion der Mächte.

In offiziellen Londoner Kreisen wird befürchtet, daß die Nächste gemeinsame Schritte bei der Flotte eingeleitet haben, um diese zur Abreise von Adrianopel zu bewegen. Hinsichtlich der Ägäischen Inseln herrsche unter den Mächten keine Einigkeit. Der Dreikind ist dagegen, daß die Inseln an Griechenland abgetreten werden.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß während der bevorstehenden Verhandlungen zwischen den dortigen Botschaften und dem Minister des Neuen folgender Vermittlungsvorschlag zur Erörterung gelangen soll: Auf dem durch Schleifung der Festungswälle von Adrianopel freiwerdenden Grund und Boden soll ein neuer Stadtteil entstehen. Damit wäre die Möglichkeit der Schaffung zweier autonomer Stadtverwaltungen, der türkischen und der bulgarischen, geschaffen, die sich über gewisse städtische Angelegenheiten, insbesondere hygienischer und finanzieller Natur, zu verständigen hätten. Ein größeres Anliehen wäre von der Türkei und Bulgarien gemeinsam aufzunehmen, um die Kosten des großzügigen Planes zu decken.

Ein englischer Vorschlag.

London, 8. Januar. Das Britische Bureau meldet aus Konstantinopel: Nach den letzten Mitteilungen hat England den Platz eines Vorschlags gemacht, nach dem Adrianopel der Türkei erhalten bleiben soll unter der Voraussetzung, daß die Festungswälle geschleift und ihr verschiedene andere Veränderungen wirtschaftlicher Art auferlegt werden. Der Vorschlag hat gute Aussicht auf Annahme.

Die Befreiung bei Tschataldscha.

Konstantinopel, 8. Januar. Die Befreiung, die am Dienstag bei Tschataldscha stattfand, hat hier großes Aufsehen erregt. Sie gilt, wie verlautet, der Bestimmung einer Grenze für das Vilajet Adrianopel. Wie versichert wird, ist es bei dieser Zusammenkunft zu keiner Verständigung gekommen, da die Bulgaren sich ablehnend verhielten und erklärten, die Angelegenheit sei Sache der Bewohner in London. Lieber das Ergebnis der Unterredung konsernierte gestern vormittag der Minister des Neuen mit dem Großmeir. Später wurden lange Telegramme nach London abgesandt.

Hungernde Bulgaren.

Konstantinopel, 8. Januar. Aus Thessaloniki wird gemeldet, daß bulgarische Soldaten nahe Derlos vor Hunger sterben. Sie kamen nach Derlos und verlangten Essen. Die türkischen Offiziere glaubten, sie seien Vorposten, und wollten sie daher zurückschlagen, die Bulgaren aber erklärten, sie möchten sich ergeben, um Essen zu bekommen. Die türkischen Offiziere gaben ihnen Brot, worauf die Bulgaren in ihre Stellungen zurückkehrten.

Bulgaren und die Postbeförderung.

Saloniki, 8. Januar. Die von den hier bestehenden fremden Postanstalten nach Savalia und Dodekanes abgefeuerte Post ist unberührtes Ding zurückgeföhrt, weil die bulgarischen Gebäude das weitere Funktionieren fremder Postanstalten in den von Bulgarien besetzten Gebieten nicht mehr dulden wollen.

Montenegro und Montenegro?

Göttingen, 8. Januar. Die österreich-ungarische Regierung hat die Grenze von Bosnien und der Herzegowina abgeschlossen, angeblich wegen der im Montenegro herrschenden Podenepidemie. Hat diese Weile wird Montenegro alles Verboten mit den genannten Provinzen verboten. Von Montenegro wird angegeben, daß tatsächlich sich einige Podenfälle ereignet hätten, indessen sei die österreichische Maßnahme um so weniger gerechtfertigt, als Montenegro alles getan hätte, die Kranken zu isolieren und eine weitere Ausbreitung der Seuche zu verhindern.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Karlsruhe im Metallgewerbe.

Die Verhandlungen zur Erneuerung des Vertrages begannen am 8. Januar unter dem Vorst. des Herren Gerichtsdirektors Dr. Premer, Wieden, Magistratsrat v. Schulz-Berlin und Beigeordneten Rath-Gösch im Gewerbeamt zu Berlin. Die bisherigen Vertragssparten waren anwesend, außerdem hatten sich noch als Vertragsteilnehmer gemeldet der Bund Deutscher Dekorationsmalermeister in München, der Volksliche und der Katholische Arbeiterverein. Der Arbeitgeberbund erachtete, alle drei Verbände nicht zu zulassen. Von Arbeitseite wird hervorgehoben, daß für sie maßgebend sei, ob eine Organisation, die am Tarifvertrag beteiligt steht, auch eine solche sei, die auf dem Boden des Tarifvertrages steht und auch notwendigen Einfluß besitzt, für die Durchführung des Tarifvertrages wirken zu können. Die Arbeitvereine, die sich gemeldet haben, seien nicht zentralorganisiert, seien auch keine Betriebsvereine und müssten deshalb abgewiesen werden. Anders sieht die Sache mit dem Bunde der Dekorationsmaler. Nach ihrem Dafürhalten sei der Bunde vertragsfähig, seine Mitglieder beschäftigen auch in verschiedenen Städten Deutschlands eine größere Anzahl Berufe, insgesamt müssen sie zu den Verhandlungen zugelassen werden. Zum mindesten müsse die Frage geklärt werden, ob der Bunde bereit ist, den hier zu erneuernden Vertrag hochzuhalten. Von Unternehmenseite wird bestritten, daß der Bunde den notwendigen Einfluß ausübe, seien doch seine Mitglieder wegen der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz aus dem Unternehmerverbund ausgeschlossen, auch die Zahl seiner Mitglieder sei eine viel zu geringe; zudem liege ein Verbot ihres Verbandsabtes vor, unter keinen Umständen gemeinsam mit dem Bunde zu verhandeln.

Die Arbeitgeberseite ziehen sich darauf zur Beratung zurück. Sie geben nach ihrem Wiedereintritt die Klarstellung ab, daß die Argumente, die die Unternehmenseite vorgebracht, sie nicht überzeugt haben, daß der Bunde nicht zugelassen sei. Da der Unternehmerverbund ebenfalls an seinem Verlust gehunden fühlt, wollen sie nicht, daß die Verhandlungen an diesem Punkte scheitern. Sie behalten sich aber das Recht vor, mit Unternehmern, die außerhalb des Unternehmerverbands stehen, besondere Verträge abzuschließen. Nach längerer Beratung wird der Bunde zugelassen.

Diskussion geben die Unternehmenseite die Klarstellung ab, daß sie die Frage noch nicht geklärt sei. Da der Bunde den § 10 im jetzigen Reichsstatut beläßt, erheben sie die Forderung, daß dieser Paragraph in seinem Wortlaut in die abzuschließenden Sonderverträge aufgenommen werden müsse. Die Arbeitgeberseite erkennt an, die Sondervereinbarungen in dem Sinne, wie bisher, abzuschließen; daß die Beteiligten aber vollkommen dem neuen Vertrag entsprechen, dazu können sie sich nicht verpflichten. Die Unparteiischen ziehen sich darauf zurück, um eine protokollarische Erklärung in Vorschlag zu bringen. Dessen Basis wurde nach längerer Beratung von Seiten der einzelnen Parteien wie folgt angenommen:

Die Parteien sind sich einig, daß der neue Vertrag nur zwischen den Vertragspartnern abgeschlossen werden soll, andernfalls behalten sie sich vor, mit anderen Organisationen Sonderverträge abzuschließen. Diese Sonderverträge sind auf der Grundlage des Reichsstatutvertrages aufzubauen und dürfen insbesondere für die am Reichsstatutvertrag nicht beteiligten Parteien günstigeren Bedingungen enthalten, als sie in dem neu abgeschlossenen Vertrag gegeben sind.

Der Vorsitzende der Unparteiischen gibt bekannt, daß von den Vertragsspartnern drei Vorlagen vorliegen. Der gegenwärtige Austausch hat vor Beginn der Verhandlungen stattzufinden. Von Arbeitseite werden die Unternehmenseite erachtet, bevor in die Beratung des Tarifvertrages eingetaucht wird, sich vorerst einmal zu äußern, welches Angebot sie hauptsächlich in bezug auf Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu machen haben. Auf den Gang der Verhandlungen dürfte dies nicht ohne Bedeutung sein. Neben die Frage der Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung können die Unternehmenseite nicht anführen, da sie heute erst die Forderung der Arbeitgeberorganisation erhalten haben. Sie beantragen Berichtigung der Sitzung bis Donnerstag morgen 9 Uhr. Der Antrag wurde angenommen.

Neues aus aller Welt.

Ein anhaltischer Landtagsabgeordneter wegen Verleitung zum Meineid verurteilt.

Montag vormittag erschien vor der Strafkammer des Delauer Landgerichts der konservative Landtagsabgeordnete Oberamtmann Weißner aus Jonig, der bereits vor einigen Monaten wegen Betrugs zu 500 M. Geldstrafe verurteilt wurde, um sich wegen Verleitung zum Meineid zu verantworten. Der Landwirt Vogt in Jonig wurde Januar 1910 der Nachfolger des Herrn Weißner auf dem v. Raumert'schen Gut in Jonig. Ende Februar 1910 trug Vogt dem Weißner, ob er eine Hagelversicherung für das v. Raumert'sche Gut bei der Kölner Versicherung abschließen solle, oder ob Weißner noch für das kommende Jahr versichert habe, woju Weißner vertragsmäßig verpflichtet war. Weißner erwiderte: Versichern Sie man selbst gegen Hagelschaden, ich habe keine Versicherung mehr. Hierauf schloß Vogt eine Versicherung gegen Hagelschaden ab. Nach der Zahlung der Versicherungsprämie im Mai 1910 machte Weißner gegenüber Vogt folgende Vermehrung: Ich habe mich bezüglich der Hagelversicherung gefertigt, ich bin noch auf ein Jahr gegenüber meiner Versicherung verpflichtet. Ich es Ihnen nicht möglich, daß Sie Ihre Versicherung rückgängig machen? Vogt erwiderte darauf: Das tut mir leid, ich habe meine Versicherung abgeschlossen; aber ich will versuchen, daß ich von der loskomme. Vogt machte auch den Versuch, aber die Kölner Versicherung wies ihn ab. Zeuge des letzteren Gesprächs zwischen Weißner und Vogt war der bei Weißner beschäftigte Weidauer. Im Juli 1910 hat nun Weißner an Weidauer zwei Briefe geschrieben, in denen er den Weidauer klipp und klar aufforderte, in einem Zivilprozeß den Weidauer gegen Vogt angestrengt hatte, zu behaupten, daß Vogt bei dem oben erwähnten Gesprächs gesagt hätte: Ich bin an eine Versicherung noch nicht fest gebunden, ich bin bereit, Ihre Hagelversicherung zu übernehmen. Infolge der energischen Erwiderungen des Richters gab Weidauer, als er seine Aussage unter Eid machte, der Wahrheit die Ehre, obwohl er schon bei einer früheren Verhandlung nach dem Wunsche Weißners das Gegenteil ausgesagt hatte. Die Folge davon war, daß Weißner den Zivilprozeß verlor und gegen ihn ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineid eingeleitet wurde. In der Verhandlung vom Montag waren die Aussagen des Zeugen für ungünstig für ihn, daß das Gericht, das unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Pannier lag, zu einem Schuldentscheid kam. Weißner wurde zu 1 Jahr Knasthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Zug der hohen Strafe wurde Weißner nicht in Haft genommen. Hoffentlich läßt das Gericht auch bei anderen Angeklagten, welche zu einer schweren Strafe verurteilt werden, dieselbe Rücksicht walten. Das Landtagsmandat Weißners ist durch den Urteilsspruch erloschen.

Doppelmord auf einem russischen Gutshof.

Berlin, 8. Januar. Ein furchtbares Verbrechen ist heute nacht auf dem Gut Kringenwalde bei Baglow in der Mark verübt worden. In einer Strohmiete lag ein Kutscher, der mit seinem Wagen aus der Richtung von Oberbuckow gekommen war, die erdrosselten Leichen eines Mannes und einer Frau ab. Gestern dann die Witze in Brand und fuhr wieder davon. Die Ermittlungen über die Bluttat führen zur Verhaftung des Geschwaders, der bereits ein Getötetes abgelegt haben soll.

Totschlag.

Berlin, 8. Januar. Ein schwerer Blutattat wurde heute früh im Friedenshäuschen, Ecke der Leipziger Straße, verübt. Vorrichtung der Apotheker Gutekunst nach vorangegangener Entfernung nach dem Schuhhaus gebracht. Der Täter wurde verhaftet.

Berlin, 8. Januar. Im benachbarten Linden gerieten gestern abend in einer Wirtschaft zwei Vergleiche in Streit, wobei der Bergmann John einen Messerstich in die Brust erhielt. John ergriff in seiner Eregung ein Bierglas und zerstörte seinem Angreifer Admett die Schädeldecke.

Selbstmord aus Durch vor Strafe.

Hannover, 8. Januar. Der am 16. August 1882 geborene Präparator und Kaufmann Walter Brun, in Hannover wohnhaft, erfuhr sich heute in den ersten Nachmittagsstunden in dem Dienstzimmer des Untersuchungsrichters Landgerichtsrat Meister mit einer Revolverpistole. Er schoß sich in die rechte Schläfe, das Angel kam an der andern Seite des Kopfes wieder heraus und fiel dem Protollsäuber und dem Referendar zu Füßen. Brun starb zu Boden und war nach kurzer Zeit tot. Er war in einer Strafzelle gegen die leidende Leben als Verächtlicher geladen und soll seine Schuld bewiesen gewesen sein, so daß seine Verhaftung bevorstand. Brun war unverheiratet.

Zum Todesurteil in Hanau.

Hanau, 8. Januar. Das zwölftes Opfer der beim Eisenbahngemütsausbruch ausgebrochenen Typhusepidemie ist der Gefreite Wagner aus Börrbach. Die Zahl der noch frank danebenliegenden Mannschaften beziffert sich auf 176.

Grubenunglüd.

Saarbrücken, 8. Januar. Auf der saarländischen Grube Krackenbold wurden drei Bergleute und ein Bergschüler durch herabfallende Gesteinsmassen verschüttet. Ein verheirateter Bergmann wurde nach langerer angestrengter Arbeit geborgen. Die beiden anderen Bergleute wurden lebensgefährlich verletzt in das Krankenhaus lagazett übergeführt.

Eifersuchtdrama.

Stuttgart, 8. Januar. In der Unterstadt hat heute früh 8 Uhr ein 31jähriger Schieferdecker eine 35jährige Verlöserin, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, das diese aber seit einiger Zeit abgebrochen hatte, durch drei Revolverstöße getötet und sich dann selbst durch einen Schuß entledigt. Der Täter war erst aus einer schwäbischen Hütte entlassen worden, die ihm auferlegt worden war, weil er das Mädchen nach Ablehnung seiner Heiratsanfrage wiederholte mit Gewalttaten bedroht hatte.

Wüstung in den Alpen.

Innsbruck, 8. Januar. Bei einer Gemüsegärt am Sonnabend ist der Jagdpächter Karl Stossauer infolge eines Gehirntzesses eines Meter steile Wand abgestürzt und tot geblieben.

Zwölf Menschen bei einem Hausturz getötet.

Mom, 8. Januar. Eine große Mauer fiel heute früh auf die hintere Seite eines Hauses in der Via del Tritone, in dem sich mehrere Personen befanden, und brachte einen Teil desselben zum Einsturz. Es sind insgesamt zwölf Tote bis jetzt festgestellt worden. Unter den Hausbewohnern ist noch einige vermisst, darunter auch der deutsche Bierbrauer Urban Schmidt.

Wetterbericht von der Wetterküste an der Friedrich-August-Welle

vom 9. Januar, mittags 12 Uhr.

Barometer 760. Schön Wetter.

Thermometer +1° R.

Thermometergraph: Min. -0°, Maxim. +8°.

Böschung 74°. Westwind - 60 Zentimeter.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte

für den 10. Januar.

Nordostwind; wolzig; füller; kein erheblicher Schneefall.

Wetterlage: Das Maximum des Drudes hat sich vom Osten nach dem Nordosten des Erdteils verlagert, wo es heute mehr als 780 mm Barometerstand erreicht. Eine Bewegung des im Nordwesten sich befindenden Tiefs ist in südlicher Richtung erfolgt. Der Kern dieses befindet sich westlich Irlands. Diese Veränderung der Luftdruckverteilung wird zur Folge haben, daß die Temperatur fällt und sich ferner im Laufe der Vorherlage leicht Schneefälle einstellen.

Letzte Telegramme.

Die Wahl des Reichstagabgeordneten Dr. Beder für ungültig erklärt.

Berlin, 9. Januar. (Privattelegramm.) Die Wahlprüfungscommission des Reichstags beschloß in ihrer heutigen Sitzung mit 9 gegen 5 Stimmen, die Wahl des Abgeordneten der nationalen Fraktion, des Reichsverdienstlers Dr. Beder-Schwendling, für ungültig zu erklären.

Kein Hofgang.

Stuttgart, 9. Januar. (Privattelegramm.) Die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags beschloß, der heutigen Eröffnung des Parlaments, in der der König die Chronik verlesen wird, fernzubleiben. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden den vorgeschriebenen Eid auf die Verfassung in der darauffolgenden Sitzung leisten, wobei als Alterspräsident der sozialdemokratische Abgeordnete Lauther die Verhandlungen leiten wird.

Die Serben und die Adriafrage.

Boris, 9. Januar. Bezhählich der Meldung des Reuterischen Bureaus, daß Serben beschlossen habe, sofort nach Unterzeichnung des Friedens die Truppen von der adriatischen Küste zurückzuziehen, erklärte der serbische Delegierte Kralowitsch dem Londoner Sondervertreterkoffer des Matin u. a.: Wir haben dieses Gebiet unter großen Opfern an Blut und Blut besiegt. Da aber die Krohschäfer erklärt haben, daß sie ein autonomes Albanien wünschen und nicht wollen, daß Serben in den territorialen Besitz eines adriatischen Hafens gelangen, haben wir uns loyal gefügt. Zudem wir uns der Anordnung der Krohschäfer unterwerfen, wollen wir gleichzeitig beweisen, daß wir in guten Beziehungen zu unserem mächtigen Nachbar Österreich-Ungarn leben wollen. Wir werden bemüht nicht bloß die adriatische Küste, sondern auch alle westlich der See und des Drin gelegene Gebiete räumen, weil diese dem flüssigen Albanien angehören werden. Aber gleichzeitig erklären wir laut, daß die von unseren Truppen östlich des Drin besetzten Punkte, wie z. B. Dibra, Pristina usw., Serben verbleiben sollen. Wie zweifeln nicht daran, daß die Mächte unsere Gesichtspunkte und unsere gerechten und leichten Wünsche unterstützen werden. Serben hat einen neuen Feind dargestellt, daß es, soweit es in seiner Kraft steht, zu einer raschen Regelung der schwierigen hellen Fragen beitragen will. Wie hoffen, daß dies berücksichtigt wird.

Der Balkantritt.

Berlin, 9. Januar. Gleich

Potschappel!

Sonntagnachmittag den 11. Januar, abends 9 Uhr, im Gasthof Frohe Schicht
Oeffentliche Einwohner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Aufgaben der Gemeinden.

Referent: Parteisekretär H. Kahnmann.

2. Bericht der Gemeindevertreter. 3. Freie Aussprache.

Wir ersuchen die Einwohnerschaft dringend, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen
 Das Wahlkomitee.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verwandt. Berlungen.

Zahlstelle Dresden.

Sonntagnachmittag den 11. Januar 1913, im Saale der „Reichskrone“, Dresden-Reinhardts.

Großes Winter-Vergnügen

Darbietungen:

Vorträge, Verlosung, Kotillon und Ball.

Mitwirkende: Klara und Paul Lindau mit ihrer Gesellschaft.

Anfang 7½ Uhr. — Ende 2 Uhr. — Preis der Karte 30 Pf.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für den 4. Wahlkreis.

Bez. Radebeul Oberlößnitz

Sonntagnachmittag den 11. Januar, abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Gasthof „Goldene Krone“.

Tages-Ordnung:

1. Die Ergebnisse der verflossenen Landtagsession.

Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Robert Wirth.

2. Halbjahresbericht. — 3. Vereinsangelegenheiten.

Bürtzeichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Gruppe Coswig-Kötitz, Neu-Coswig.

Sonntagnachmittag den 11. Januar, abends 9 Uhr

im Restaurant Kammer.

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht aus dem Kreisvorstande.

2. Bericht der Gemeindevertreter.

3. Verschlußfeier über ein am 8. Februar stattfindendes Wintervergnügen.
 4. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Parteigenossen und -genossinnen ist notwendig.
 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Vorwaltungsstelle Dresden und Umg.

Branche der Elektromonture!

Sonntagnachmittag den 11. Januar 1913, abends 9 Uhr
 im kleinen Saale des Volkshauses, Eingang Auguststr. 18

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Marx'sche Werttheorie.

Referent: Herr Schriftsteller Reinhardt.

Branchenangelegenheiten. — Verbandsangelegenheiten.
 Es ist Pflicht eines jeden Berufstelegens, in der Versammlung zu erscheinen.
 Die Branchenleitung.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum hierdurch zur Mitteilung, daß wir mit heutigem Tage

12 Freiberger Platz 12

dass von unseren Schwiegertöchtern gegründete Produktionsgeschäft mit Schweißerei wieder eröffnet.

Um gültigen Auftritt bitten

Richard Schumann u. Frau, geb. Jäger.

Kino Briesnitz.

Heute Donnerstag und morgen Freitag: Die Traumöde einer Mutter, Drama in drei Akten. Der neue Etikettentheater. Alles kostet. — Sonnabend und Sonntag: Eine Minute zu früh. Was bleibt übrig.

Vereinigung für Volksbildung und Kunstdienst.

Bezirk Gittersee-Potschappel Mittwoch den 15. Januar, im Gasthof zu Brixigt.

Bezirk Deuben Donnerstag den 16. Januar, im Gasthof zum Löwenkopf Wolf in Deuben.

Bezirk Kreischa Freitag den 17. Januar, im Erbgerecht zu Kreischa.

Bezirk Rabenau Dienstag den 21. Januar, im Saal zur König-Albert-Söhne.

Bezirk Zauckerode u. Umg. Mittwoch den 22. Januar, im Gasthof zu Rohleder.

Bezirk Weißig-Döhlen Donnerstag den 23. Januar, im Damm-Gasthof zu Unterweißig.

Bezirk Wilsdruff Freitag den 24. Januar, im Lindenblüthchen.

Bezirk Bannewitz-Hänichen Sonnabend den 25. Januar, im Gasthof Goldene Höhe.

Bunter Abend

Ernst Satire Humor

Solistin: Margarete Walkotte, Berlin. Recitation und Lieder.

Am Flügel: Kapellmeister Erwin Feustel, Berlin.

Anfang 8½ Uhr.

Eintrittskarten zu 80 Pf. sind bei sämtlichen Beitragszähmern der angegebenen Bezirke des Sozialdemokr. Vereins zu haben.

Vereinigung für Volksbildung und Kunstdienst.

17. Bezirk. Briesnitz-Leutewitz

Sonntagnachmittag den 11. Januar, im Gasthof Briesnitz

Stiftungs-Fest

Ausgeführt von der Strzelewicz-Gesellschaft.

Nach dem Konzert feiner Ball bis 2 Uhr.

Einlaß 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr. — Eintritt 30 Pf. — Karten sind an der Staffe zu haben.

Zahlreichem Besuch steht entgegen.

Die Verwaltung.

Naundorf-Zitzscheinig.

Nächsten Sonntagnachmittag abends 8½ Uhr

Gemeindamer Zahlabend

im Gasthof Naundorf (oberes Saalzimmer)

Der Gruppenleiter.

Arbeiter-Radf. Bund Solidarität

Gag Offenbach a. M. Mitgliederzahl 155 000

Ortsgruppe Dresden, Abteilung Neustadt

Sonnabend den 11. Januar 1913

Weihnachts-Vergnügen

im Gasthof Pfeiffer, Torgauer Straße 38

Anfang 8 Uhr. — Karte 15 Pf. — Ende 2 Uhr.

Hierzu lädt die werten Mitglieder nebst Angehörigen freundlich ein.

Das Komitee.

Die Fleischerei von Otto Grunert

(Oswin Richter Nachfolger)

16 Feldschlößchenstraße 16

empfiehlt der geehrten Nachbarschaft

Fleisch- und Wurstwaren

in nur bester Qualität.

Musenhalle

Einziges Varieté und Volkstheater des Weltens.

Heute neues Programm!

Das vierte Gebot, Volksstück

X. Z. Hauptpostlagernd, Original-Burleske

Idee der vorzügliche Solistenteil.

Sonntags 3 Vorstellungen.

Nachmittags 4 bis 7 Uhr: Julius Program.

1 Kind mit Eltern frei.

Ab Montag! Eine Nacht in den Amorsälen!

Vomöpfe Ausflugs-Burleske in 2 Abteilungen und Einlagen.

Spannungs und die Laubengenköniginn?

Montag den 20. Januar

Einzel-Masken-Ball des Dresden-Weltens.

Rosturzengloose Dekoration und Lichteffekte.

SARRASANI

Telephon 17812 und 17760.

Der Vorverkauf bis Sonntag einschließlich hat begonnen:

Für alle Vorstellungen an der Circusasse.

Für alle Abend-Vorstellungen bei Hermann Herzfeld, Altmarkt.

Telephonische Billett-Bestellungen werden unter den Nummern 17760 und 17812 ab 9 Uhr morgens gern entgegengenommen.

Sarrasani-Troadero

Während der ganzen Nacht geöffnet.

Eintritt 3 Mark.

Ab 11 Uhr abends.

Feensaal

17. Januar

Maskenball

Deutsche Reichskrone

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Mag. Sach. Dresden-Militär.

Verantwortlich für den Unterhaltenteil:

Reinhold Eichler, Dresden.

Druck und Verlag: Fritsch & Sonn., Dresden.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Armenpflege als Geschäft.

er. Der Stadtrat zu Freiberg gewährt in seiner Eigenschaft als Armenbehörde für Kinder, die „in Nöte“ gebeten werden, ein jährliches Verpflegsgeld von 120 M., allerdings nur für kleinere Kinder. Je größer die Kinder werden, um so niedriger gestalten sich die Verpflegsläge. So zahlt der Stadtrat für ein Kind, wenn es in das Konfirmationsalter kommt, nur noch ein Kleingeld von 80 M., das ein ganzes Jahr lang zur Bezahlung von Nahrung und Kleidung ausreichen soll. Die verhüllten hohe Vermessung des Kleingeldes wird vom Stadtrat damit begründet, daß die Kinder, je größer sie werden, sich möglich machen und ihren Pflegeeltern mit verdienst helfen können.

Vom 1. März 1910 an hatte der Stadtrat für die dreijährige Elte T ein jährliches Pflegegeld von 80 M. gewährt; er verlangte vom Landarmerieverband, als dem endgültig zur Fürsorge verpflichteten Armenverband, Erstattung, indessen nicht noch Höhe des tatsächlichen Aufwandes, sondern nach dem Tarif aus dem Jahre 1878 (täglich 40 Pf.). Der Stadtrat wollte also aus seiner Armenpflege ein Geldschaffen machen. Während er die in dürtigen Verhältnissen lebenden Pflegeeltern über Mann (im Invalidenentnahmepfänger) mit einer Unterstützung von 80 M. abweiste, forderte er Ersatz von 144 M., so daß er tatsächlich mit einem Plus von 64 M. arbeiten würde. Der Landarmerieverband erhielt nur den tatsächlichen Aufwand und ließ es wegen des Wehrgeforderten zum Prozeß kommen. Die Kreishauptmannschaft wies den Stadtrat mit seiner Lage ab, weil es sich unter den heutigen Leistungsvorbedingungen bei den 80 M. nicht um volle Bezahlung — nur in diesem Fall hat der Tarif Anwendung zu finden — handele, sondern nur um eine Erziehungsbefreiung.

Der Landarmerieverband Freiberg ließ sich aber nicht befreien, sondern legte Berufung ein beim Oberverwaltungsgericht. Obwohl die Pflegemutter als Heug in natürliche Behältnisse, daß die 80 M. bei weitem nicht ausreichen, um ein 18-jähriges Mädchen zu kleiden, zu ernähren u. m., behauptete der Bürgermeister Dr. Haase steif und fest das Gegenteil. Mit 80 M. sei es sehr wohl möglich, das zum Lebensunterhalt eines Kindes unbedingt Notwendige zu beschaffen. Der Bürgermeister erklärte noch, daß sich immer Leute finden, die bereit seien, für 80 M. ein Kind in Pflege zu nehmen, sei es, daß sie kinderfreunde seien, sei es aus anderen Motiven. Wer nicht mit 80 Mark zufrieden sei, befände eben kein Kind.

Seinen Haupttrumpf aber glaubte der Bürgermeister aufzuzeigen, als er behauptete, daß die Mehrzahl der Freiberger Arbeiter nur ein Einkommen von durchschnittlich 900 Mark habe, so daß diese, selbst wenn sie nur vier Kinder hätten, noch nicht einmal 80 Mark für ein Kind im Jahre aufzuwenden vermöchten. Es wurde — so lagte der Bürgermeister — ein großer Fehler in volkswirtschaftlicher und erzieherischer Hinsicht sein, wenn man die Pflegeeltern besser stellen wollte als die Väter einer zahlreichen Familie, die sich redlich schaffen ohne fremde Hilfe durchzuhelfen. Es bestände dann die große Gefahr, daß man die ganze Arbeiterbevölkerung auf den Hals bekomme.

In einer späteren Verhandlung — wir haben keinerzeit darüber ausführlicher berichtet — ließ dann der Bürgermeister seine Aktionen aufmarschieren. Da war zunächst ein aus der Kgl. (1) Grube Himmelfahrt beschäftigter Bergarbeiter, dessen Jahresinkommen sich bei zehnjähriger Schicht auf netto 700 M. stellte, wovon zwei Erwachsene und acht Kinder leben müssen für Miete werden 60 M. ausgegeben. Man kann sich vorstellen, was das für ein Loch von Wohnung sein muß, das zum Aufenthalt von 10 Personen dient. Die Nahrung der Familie besteht hauptsächlich in Kartoffeln, Hering und Leinöl! Ein anderer Zeuge, ein Zigarrenfertiger, hat neun schulpflichtige Kinder, er verdient jährlich 736 M., doch kommen für den Lebensunterhalt der elfköpfigen Familie nur 520 M. in Betracht, da 216 M. Mietzins gegenwärtig werden müssen. Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse bei einem Schuhmacher, gleichfalls Vater von neun Kindern, der sich schämte, über die traurigen Wohnungsverhältnisse seiner Familie Auskunft geben zu müssen. Wettbewerber überhaupt nicht in der Wohnung dieser Familie. Und auf solche aller Kultur hohnsprechende Verelendung nimmt eine Behörde wie der Freiberger Stadtrat Bezug, um ihr Geigen in der Gewährung von Erziehungs geldern zu rechtfertigen.

Alle Anstrengungen, den Prozeß zu gewinnen, sind aber ohne Erfolg geblieben. Das Oberverwaltungsgericht hat die Berufung verworfen und dem Freiberger Stadtrat sämtliche Prozeßkosten auferlegt. Der Senat hat, und zwar mit Recht, dem Ergebnis der Bevölkerungsvermehrung sein ausdrückendes Gewicht beigelegt, vielmehr auf Grund der eigenen Erklärungen des Bürgermeisters zugunsten von Freiberg entschieden. Die Abstufung der Pflegeläge, wenn die Kinder größer werden und dann die Pflegeeltern unterstützen können, spricht dafür, daß Freiberg selbst die Kleingelder nur als eine Vervielfalte zum Lebensunterhalt ansieht. Selbst wenn man 100 und 120 M. als ausreichend zur vollen Verpflegung ansehen sollte, was jedoch dagegen zu bleiben sollte, ja ist dies bei 80 M. sicher nicht der Fall.

Der gescheiterten Volksschulreform

widmet die letzte Nummer der Leipziger Lehrerzeitung, die der Schulferien wegen verjährte erscheint, ein Schlußwort, worin unter anderem folgendes ausgeführt wird:

Aber die Arbeit war vergebens. Der Wille des Volkes und seiner Vertreter reicht noch nicht aus, die Vorstöße Greys werden zu lassen, denn er wollte nicht der Allgemeinheit, der Wirkliche Geheimrat Dr. Wehnert, Exekutiv. Die Regierung war bereit zu einer Verständigung, die erste Kammer wäre ebenfalls dazu bereit gewesen, er aber lehnte jedes wichtige Entgegnen ab, und die Konservativen folgten ihm blindlings. Die erste Kammer hat nicht verstanden, sich von diesem Einfluß frei zu machen; sie hat es wohl auch nicht ernstlich verfaßt, und darum ist sie kaum am Scheitern des Gesetzes; sie ist schuld, daß die Zeit der Abgeordneten und ihre Arbeit vorgeblich geopfert wurden, daß alles beim alten bleibt. Die Wahrheit der zweiten Kammer läßt sich, und erkennt diese Festigkeit jetzt nach der Entscheidung als etwas Selbstverständliches. Vor der Entscheidung aber hat mancher im Süden die lange Frage gestellt: Wird die Konservativen standhalten? Sie hat standgehalten... fünf Jahre hindurch hat der Kampf um die Volksschulreform gedauert und ist mit steigender Heftigkeit geführt worden. Gang Deutschlands blühte waren auf den Ausgang dieses Kampfes gerichtet.

denn er hatte sich zu einem Kampf der Weltanschauungen gestaltet, und das gab ihm seine besondere Bedeutung. Die Vertreter der modernen Weltanschauung haben den moralischen Sieg davongetragen, auch wenn ein Schulgesetz aufgestanden ist. Eine spätere Zeit wird an dem Werke, das in langen Beratungen geschaffen wurde, nicht vorübergehen können — die Arbeit ist nicht umsonst getan. Sie wird nachvollzogen, die Vorstöße sind nicht Nutzlosität geworden, sondern sie werden ihre Auseinandersetzung in ihrer heutigen oder einer anderen Form feiern. In einem Lande, das Jahrzehnte lang unter konservativer Führung stand, in dem die Orthodoxie den stärksten Einfluß besitzt, ist es nicht mehr möglich, ein Schulgesetz zu schaffen, das der Weltanschauung unserer Zeit widerspricht, wie es noch vor wenigen Jahren als ganz selbstverständlich gegolten hätte...

Kommunale Steuerabschaffung.

Der Vogtländische Anzeiger, das Rauschblatt für Plauen, kommentiert also: „Das vom Landtag verabschiedete Gemeindesteuergesetz wird unserer Stadtoberherrschaft in den nächsten Jahren viel Arbeit verursachen. Bedingt es doch eine vollständige Umwidlung der örtlichen Steuerregelung infolge Einführung des sozialen Tarifs an Stelle des bisherigen Sondertarifs für die Gemeinde-Einkommenssteuer. Voraussetzung ist eine erhebliche Erholung der unteren Steuerklassen, aber eine höhere Belastung der mittleren und höheren Steuerklassen ein.“

Durch diese Klammer wird aber auch dargetan, daß selber in Plauen eine ungerechte Belastung der kleinen Einkommen bestanden hat. Leider hätte der Vogtländische Anzeiger auch noch hinzufügen können, daß sich Plauen, das leider keine Grundsteuer hatte, zur Einführung einer solchen wird bequemen müßten, denn durch das Gemeindesteuergesetz ist die Einführung einer Grundsteuer in Höhe von mindestens 7%, Proz. des Gesamtbedarfs allen Gemeinden ausnahmslos vorgeschrieben.

Freisinnige Kommunalpolitik.

Im Stadtparlament zu Plauen, dem jetzt auch sechs Sozialdemokraten angehören, kam es schon in der ersten Sitzung zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen unseren Genossen und den Bürgerlichen, wobei sich die Freisinnigen mit Oskar Günther an der Spitze von der schwäbigen Seite zeigten. Bei der Wahl des Vorsitzenden füllte ein konserватiver Vertreter vor, den bisherigen Vorsitzenden, Landrichter Dr. Otto, wiederzuhören. Bramarbach Günther machte weiteren Vorschlag, ja er empfahl, den Mann per Aufflammen zu wählen, obwohl sich die Freisinnigen erst vor einigen Wochen durch denselben Vorsitzer

gewaltsam fühlten und Oskar Günther ihm den Vorwurf machte, daß er unter Bruch der Geschäftsordnung die Wahlrechtsänderung habe durchsetzen lassen. Dem Freisinnshelden bangt aber um sein Stadtvorstandamt, er muß sich im Herbst wieder zur Wahl stellen, deshalb sucht er sich schon jetzt bei den Reaktionären anzubetteln. Unsere Genossen sparten ihm aber in die Suppe, sie forderten Stimmzettelwahl und führten dadurch nebst, daß auch eine Anzahl weißer Zettel abgegeben wurde. Bei der Wahl des Wahltauschens zeigte der Freisinnsherrn nüchtern seine Sozialisteneinfallslosigkeit, indem er vorschlug, den Ausdruck in seiner alten Zusammenfassung zu belassen. Und als unser Genossen einen Zug verlangten, suchte H. Held Günther mit der naiven Redensart zu beklagen, daß sie ja auch als Nichtmitglieder der Ausschüttung beiwohnen können. Die Bürgerlichen, auschließlich des Freisinnigen, hatten einen Pakt gegen unsere Genossen geschlossen, denn es stimmten nur zwei für den vorgeschlagenen Genossen. Kleinlich zeigte sich der nunmehr geeignete bürgerliche Wiederaufschwung auch darin, daß er ein Zusammensetzen unserer Genossen verhinderte. Doch so ohne weiteres fügten sich die leids Sozialdemokraten dem nicht, und so will denn der Vorsitzer verhindern, bis zur nächsten Sitzung die Plakette zu regeln. Wenn die bürgerlichen Stadtvorstände glauben, durch eine Vergemachungstatts alle Genossen an der Ausübung ihres Mandats zu hindern, werden sie bald eines Besseren belehnt sein.

Freigelobt.

Vom Schöffengericht in Stollberg war Genosse Stadtverordneter Mann an einem Rosenfest verurteilt worden, weil er in einer Verammlung des Bürgervereins gefragt haben soll, der Stadtvorstand habe inzwischen eigenmächtig gebaut, als er bei dem Bau einer Wasserleitung entgegen einem Beschluss des Bauausschusses, Monatsmannsrothe zu verhindern, gußeiserne Rohre einzulegen habe. Dieser Vorwurf interessiert die Parteidienstgenossenschaften, als Genosse Mann im wesentlichen auf die Ausübung des Sozialdemokraten und jegigen Sozialrevolutionärs Grenzen hin verurteilt worden ist. Freigelobt verucht jetzt seinem Kuschelchen an der Partei nicht nur den Genossen Mann, sondern auch die Chemnitzer Volksstimme zu verläugnen, bei aber die Staggen wieder zurückzugehen. Im Zugang auf Mann vor dem Gericht erfuhr er, er werde nicht eher ruhen, als bis Mann im Schängel liegt, und neuerdings hat er einen Genossen verklagt, der bei der Stadtvorstandswahl ein Blatt unterzeichnete. Man kann also annehmen, daß Grenzel auch die treidende Kraft in der Bekämpfungslage gegen Mann war. Es kann deshalb auch in der Verhandlung vor der Berufungskammer des Chemnitzer Landgerichts das Geboren Grenzel eingehend zur Sprache. Grenzel doch gegen alles, was sozialdemokratisches ist, dachte daher, daß seinerzeit sein Verhalten als sozialdemokratischer Stadtvorstand in der Volksstimme als eines Sozialdemokraten unwürdig kritisiert worden war.

Dieser Kritzeuge markierte auch in der Berufungsverhandlung auf. Und es auch nur ein Wort gegen ihn gesprochen war, meinte er: „Es werden heute gegen mich schwere Vorwürfe erhoben werden und ich bitte jetzt schon um Schutz.“ Ferner hatten die „Bayerländer“ einen Zeugen aufrufen lassen, der behauptete, er habe sich von der Rede des Angeklagten stenographisch niederschriften gemacht. Er überreichte auch dem Gericht ein Blattchen, in dem diese stenographischen Notizen enthalten waren. Es traten aber zwei Zeugen aus, die ganz spontan und impulsiv und mit aller Feindseligkeit behaupteten, daß der Zeuge, der „Bayerländer“ des Stollberger Tageblatts sein will, nicht in ein Buch, sondern auf ein Blatt Papier geschrieben habe. Es stimmt in sei es aber nicht dieses Buch gewesen, das dem Gericht vorliege. Man darf nun gefaßt sein, daß es Staatsanwaltschaft, die in erhaltenen Fällen, in denen es sich um Arbeiter handelt hat, z. B. bei der bekannten Fälschungsfalle eines Turnvereins, so eifrig war, auch jetzt der Sachen auf dem Grund steht.

Glücklicherweise hat aber weber der ehemalige Sozialdemokrat noch der Redakteur mit seinen Notizen bei dem Gericht Eindruck gemacht. Man nahm zwar die Stellung für wahr hin, sprach aber den Angeklagten frei und sprach ihm den Schutz des § 103 zu.

Mit diesem Urteil ist die ganze „bayerländer“ Tätigkeit verurteilt, die in Stollberg und Umgebung eine große Rolle spielt und die sich zum Ziel gesetzt hat, Sozialdemokraten an den Galgen zu bringen.

Vom sächsischen Bergbau.

Auf der ganzen Erde dürfte wohl nicht sobald ein zweites

Gebirge gefunden werden, dessen Innere so durchwühlt worden ist wie das Erzgebirge. Seit 700 Jahren hat der erzgebirgische Bergbau ungefähr 100 000 Tonnen reines Silber gewonnen, die reiche Ausbeute, die Zinn, Blei, Kobalt, Eisen und auch Kupfer geliefert haben, nicht mitgerechnet. Aber dieser reiche „Silberblitz“ ist im Verblieben; der sächsische Erzbergbau, der von jeher in Freiberg seinen Mittelpunkt hatte, geht dem Verlöschen entgegen, und in einigen Jahren wird er ganz verschwunden sein. Beim Erzbergbau sanken die Belegschaften von 7000 Mann im Jahre 1891 auf 1622 Mann im Jahre 1911. Ein anderes Bild zeigt der Kohlenbau. Hat sich doch die Ausfuhr aus dem erzgebirgischen Kohlenbezirk Augau-Döbeln seit 1872 nahezu vervielfacht, und er ist gleichfalls im Plauenschen Grunde und im Zwidaue Steinlochbergrevier gestiegen. Auch der Braunkohlenabbau bei Zittau, Kamenz, Grimma, Voigtal usw. kommt von Jahr zu Jahr mehr in Aufschwung. Infolgedessen steht auch eine Vermehrung der Bergarbeiterchaft gleichen Schritts. Im Jahre 1891 beschäftigten die Braunkohlenwerke 2410 Mann, 1911 aber 5007 Mann, die Steinlochbergwerke 21 652 Mann im Jahre 1891 und 27 077 Mann im Jahre 1911. Es liegt also Sachsen Bergarbeiterzahl trotz des Abschreibens im Erzbergbau von 31 071 Mann auf 34 606 Mann.

Rinderkunstschaffung in Sachsen.

Nach dem Veterinärdirektor für das Jahr 1912 sind in den Zeit vom 1. Oktober 1910 bis 30. September 1911 im 7 öffentlichen Schlachthöfen bei insgesamt 180 Rindern Rinder gefunden worden, von denen die Herkunft zu ermitteln ver sucht worden ist. Die Bestellungen hierüber haben im großen und ganzen wenig bestredigt, denn sie waren in 92 Fällen vollständig ergebnislos; in 20 Fällen waren sie von vornherein ausdrücklich, in 10 weiteren Fällen blieb die Anfrage bei den Vorstehern der Tiere unbestritten und in 58 Fällen waren den Antworten verwertbare Ergebnisse nicht zu entnehmen. Von den übrigen 88 Fällen konnte nur in einem nachgewiesen werden, daß der Jahresbestand in dem in Frage kommenden Gebiet ein Rindermünder sich befinden hätte. Bei 21 Tieren wird angenommen, daß die Insektion auf der Weide stattgefunden hat, weil der Abtriebseinheit auf Weide und Weide gebracht worden war.

Hohenstein-Ernstthal. Die ehemals hier blühende Handweberei zeigte im letzten Jahre wieder einen starken Rückgang. Vor einigen Jahren waren hier noch gegen 600 Handwebstühle im Betrieb, während es gegenwärtig nur noch gegen 120 sind. Von letzteren wird aber circa die Hälfte von Webereibesitzern bewirtschaftet, während die Männer in die Fabrik gehen.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Zahlreiche Fleischvergütungen, die früher einen gutartigen Verlauf genommen haben, sind in Bayreuth vorgefallen. Die Vergütungen sind auf den Genuss verdorberner Röllinge bzw. Delikatessen zurückzuführen. In einem Falle erkrankten in einer in der Rothenstraße wohnhaften Familie sämtliche Familienmitglieder einschließlich des Dienstmädchens. Dienstag in der 6. Stunde starb in Annaberg der mit Einbrechern der Fenster beschädigte Waler Hobes drei Stockwerk hoch herab und brach das Genick. Der Verunglückte war sofort tot. Ein schwerer Wagenunfall ereignete sich in Auerbach durch ein schwürendes Pferd. Der Wagen wurde umgeworfen und eine Strohweiz geschiebt. Der einzige Insasse, ein Wissenschaftler, wurde aus dem Wagen geschleudert. Er zog sich leichte Verletzungen zu. Der Kutscher wurde etwa 10 Meter weitgeschleift. Er erlitt eine Gehirnerkrankung und schwere Kopfverletzungen. Vier Angestellte auf Bahnhof Döbeln wurde der Webschmied. Ein Schrein ist, während er aufstand, vor der Fabrik auf dem Perronstisch der 30 Jahre alte Zimmerling Friedrich Kupke aus Schleiden. Der Verunglückte, der verdeckt und Vater von drei Kindern ist, wurde beim Hundestechen an eine Wand geschleift und dabei bei einem Schädelbruch erlitten. Von einem betrübenden Unglücksfall wurde eine Familie in Schlesien betroffen. Der 12 Jahre alte Sohn Kurt Lieder spielte mit seinen Schulfreunden an einem Stromsteinen. Dabei fiel ein zur Verstärkung oben liegender großer Stein herab und dem genannten Knaben auf den Kopf. Das Kind ist wenige Minuten darauf gestorben.

Stadt-Chronik.

Die Wohnungssfrage.

Mit dieser wichtigen sozialen und kulturellen Frage, die für Menschen ein ganz besonderes Interesse hat, beschäftigte sich eine vom Allgemeinen Wiedewohnerverein einberufene, gut besuchte öffentliche Versammlung, die gestern abend im Konzerthaus des Städtischen Ausstellungspalais stattfand und zu der auch Vertreter der politischen Parteien besonders geladen waren.

Der erste Redner des Abends, der nationalliberale Reichstagabgeordnete Walter Meier (Herford), stellte in den Vordergrund seiner Ausführungen den Satz, daß die Wohnungssfrage keine Parteifrage sei, sondern eine wichtige nationale, sowohl vom künstlerischen wie auch vom sozialen Standpunkt aus durchaus beachtenswerte Frage, und meinte, demgemäß sei auch die Sache vom Reichstag behandelt werden, und zwar von allen Parteien, da überall die Notwendigkeit einer baldigen Lösung der Frage erkannt worden sei. Der Herr gab dann in großen Umrissen ein Bild von der Verhandlung der Wohnungssfrage im Reichstag, wobei er der Überzeugung Ausdruck verlieh, daß man jedenfalls die größten Schwierigkeiten überwunden habe und daß man am Ende sei.

Darauf sprach Prof. Dr. Krafft, Chefarzt in Schumanns Sanatorium (Welzheim Hirsch), über: Wohnungswesen und Bodenreform. Gestützt auf ein reichhaltiges statistisches Material entwarf dieser Redner ein anschauliches, aber tiefdrückendes Bild von dem Wohnungswesen der breiten Massen, das deutliche Angaben im allgemeinen und in Dresden im besonderen umfaßt. Er schilderte die Wirkung eines großen Wohnungs- und Wohnungsbaus auf die Gesundheit vom frühesten Schwangerschaftsalter an, auf die Entwicklung der herauswachsenden Jugend, auf die akuten Infektionskrankheiten wie chronische Tuberkulose, auf die Lebhaftigkeit, die Sittlichkeit und Alkoholismus, die Kriminalität usw. Er grüßte die Wohndichte, besto elender der Nachwuchs, deß mehr Krankheit besto weniger Wehrkraft, deß jüngere durchschnittliche Lebensdauer. Und diese Schäden tragen im schlimmsten Falle eine überwiegende Anzahl von Familien mit einem Einkommen bis zu 1000 M., die in Deutschland etwa zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen, diese Schäden reichen aber bis zur Einkommensgrenze von 2000 M. und tragen so rund 80 Prozent aller Haushaltungen in den Städten. In Dresden im besonderen ist dieser großen Bevölkerungsgruppe durchschnittlich 16,5 Prozent des Einkommens für die Miete ausgegeben worden, in anderen Städten sogar noch mehr, bis zu 45 Prozent. Je geringer das Einkommen, desto höher der für die Miete aufwendende Anteil. Dasselbe zeigt sich in städtischer Form, Welch hoher Teil des Arbeitsvertrages für den Pauschalvertrag gestaltet ist, der in den Städten den ursprünglichen landwirtschaftlichen Bodenwert um viele Hunderte und Tausende Prozent übersteigt in Anspruch genommen werden.

Sehr interessant war die Statistik, die der Redner an der Dresdner Wohnungspolitik ablegte. Der vor wenigen Tagen im Dresdner Tageblatt veröffentlichte Bericht über die letzte Zählung

der leerstehenden Wohnungen muß nach seiner Meinung alle, die sich mit der Wohnungsträger beschäftigen, aufs tiefste betrüben. In Dresden habe sich das Wohnungsamt entschließen müssen, eine große Anzahl Wohnungen, die sonst als ungeeignet polizeilich geschlossen werden müssten, wegen der Wohnungskalamität weiter benutzen zu lassen, weil man keine Unterkunftsstätten habe, die besser als diese Löcher von Wohnungen sind. Von 760 im Jahre 1910 beschädigten Resterwohnungen wurden nur 143 nicht beauftragt, von 265 Beschädigten wurde nicht eine einzige als gänzlich einwandfrei befunden. Die Befreiung von 21 Wohnungen und 3 Wettbewerben mußte gänzlich verboten werden. Für die Kreisstadt sei es kein Ruhmesblatt, daß so wenig freistehende Wohnungen vorhanden sind. Es sei dies ein Beweis dafür, daß in Dresden in den Jahren, wo die Hausbewohner im Stadtparlament die Herrschaft hatten, eine Boden- und Wohnungspolitik getrieben wurde, für die sie die Verantwortung tragen mögen, wenn sie es können. (Redakteur Beifall.) Dresden steht unter allen Großstädten auch mit an letzter Stelle in bezug auf städtischen Grundbesitz. Dresden habe man seinerzeit in der ungewöhnlichen Weise mit dem Grundbesitz spekuliert, natürlich konnte die Reaktion nicht ausbleiben. Der Grund der vielen Grundstücks-Zwangserwerbungen sei darin zu suchen, daß rechte Grund und Boden erwartet, die das Geld nicht dazu hatten. Man nannte sich Hausbewohner und war doch nichts anderes als Hypothekenverwalter. Eine Gemeindebildungspolitik sei gewiß eine schöne Sache, aber wenn man bloß Grund und Boden erwirbt, der anderen Leuten gehört und dafür so große Kosten für Kaufhäuser, Schulen usw. aufzuerlegen, so sei das eine Gemeindebildungspolitik, die kaum den Wünschen der Einwohnerchaft entsprechen dürfe. (Redakteur Beifall) Und auf dem Versetzungsbereich betreibe die Stadt Dresden die für zwingendste fiskalische Politik. — Dresden schloß damit, daß er das Grundbesitz- und Hypothekenwesen als den Krebschaden des Volkes bezeichnete. Der Grund und Boden sei zu handelswerte geworden. Die Gemeinden müßten eine wirtschaftliche Politik des Bodenentwertes verfolgen, allerdings müßte dies früher geschehen, als dies die Stadt Dresden zu tun gedacht. Wenn man aus dem Wohnungswesen heraustritt, sei eine sämtliche Bodenreform unerlässlich. (Redakteur Beifall.)

Als erster Debattierer ergriff Landtagsabgeordneter Genosse Kleinhans das Wort, der die Mängelheit der Bevölkerung, daß die Wohnungsträger seine Partei seien, mit bis zu einem gewissen Grade anerkennen konnte. Von den einzelnen politischen Parteien denne die eine energetisch auf eine Regelung der Wohnungsträger als die andere. Die Frage der Wohnungsvorherrschaft und der Wohnungssatz sei eine Frage der unmittelbaren Klassen, der armen und ärmeren. Da die Wohhabenden gibt es nie eine Wohnungswut. Und deshalb scheide auch die Wohnungsträger die Bewilligung in zwei scharf getrennte Lager. Wenn einzelne bürgerliche Kreise, die materiell nicht verhüten werden, jetzt der Angelegenheit ein gewissem wohlwollendes Interesse entgegenbringen, so geschehe es nur, weil solenne Wohnungsvorherrschaft zu Füßen führen müßten, von denen aus die beständigen Klasse: „am oder weniger in Mittelstandshaft gezogen würden.“ Dies gebe es für Gefechtswut, Staat und Gemeinden viel zu tun. Aber gelöst werde die Wohnungsträger auf diese Weise nicht, weil sie ein Teil der ganzen Vorherrschaft ist, wie sie jetzt innerhalb der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung in Erscheinung treten. Ohne eine gründliche Beleidigung dieser Vorherrschaft sei es unmöglich, die Wohnungsträger so zu regeln, wie es die sozialdemokratische Partei am liebsten täte. Die Wohnungspräferenz muß Sache der Allgemeinheit und nicht des privaten Interesses sein. Dazu gehöre, daß der Grund und Boden nicht im Besitz einzelner Personen, sondern der Allgemeinheit ist. (Vorlaute Zustimmung.) Natürlich lasse sich dies nicht von heute auf morgen erreichen. Deshalb müsse danach geträchtet werden, daß mit leisesten Reformen innerhalb der gegebenen Verhältnisse das Menschenmögliche geleistet werde. Dass wir für ein Reichswohnungsgesetz eintreten, ist selbstverständlich, aber auch in den einzelnen Bundesstaaten müsse eine Geheimabstimmung eingehalten werden, die bessere Wohnungsvorherrschaft ermöglicht. Alte energischere Maßnahmen seien aber in den Parlamenten selten mehrheitlich zu finden. Aus alledem gehe hervor, daß die Wohnungsträger sogar sehr wesentlich eine politische Frage ist. In Sachsen haben wir noch eine durchaus veraltete Gesetzesgebung, die in den meisten Gemeindeländern eine Meldeliste der Sozialdemokratie fehlt. Wie könne man von solchen Gemeindeländern eine vernünftige Wohnungspolitik erwarten? Deshalb müsse darauf hingearbeitet werden, daß diese Geheimabstimmung geändert werde. Sachsen habe jetzt eine veränderte Landesgemeindeordnung bekommen, aber mit der Unterscheidung zwischen Ammönigen und Ammönigen sei nicht aufgeräumt worden. Im Landtag sei die Sozialdemokratie die einzige Partei gewesen, die vernünftigere Gesetzespunkte eingehalten wolle, sie hat aber allein gestanden. Die bürgerlichen Parteien ver sagten, sie folgten nicht den Anträgen der Herren aus ihrem eigenen Lager, die für eine vernünftige Wohnungspolitik eintraten. — Am Ende seiner Ausführungen schiede Dresden auf Grund seiner Erfahrungen, die er während seiner Tätigkeit als Stadtvorsteher gesammelt hat, wie die sozialdemokratische Partei gleich nach ihrem Einzug in das Dresdner Stadtparlament die Entwicklung der Dinge vorausgesagt und auf Ereignung vorwegendes Maßnahmen gegen ein weiteres Sinken der Ziffer leerstehender Wohnungen gedungen haben, damit aber beim Rat sowohl als auch bei der überwiegenden Mehrheit der bürgerlichen Vertreter im Stadtvorsteherkollegium kein Verständnis und keine Unterstützung fanden. Die sozialdemokratische Partei werde aber nach wie vor, wo immer sich die Gelegenheit bietet, ver suchen, die Wohnungsvorherrschaft in sozialem Sinne voraus zu bringen. Wede se habe mehr als bisher auch die positive Unterstützung bürgerlicher Kreise finden. (Starker Beifall.)

Der freisinnige Stadtrat Lehrter Red. meinte, man solle die Wohnungsträger nicht zu einem „Streitabteil“ der Parteien machen, und erklärte, völlig auf dem Boden des Rechten zu stehen. — Der nationalliberale Stadtvorsteher und Kreisamtmann Böglisch betonte, den Ausführungen Kleinhans nicht beitreten zu können, die als Mittelmittel die Vergleichssetzung des Grund und Bodens empfohlen habe. Man solle nicht gleich das Amt mit dem Bade ausschütten. (1) Auf den Zukunftshaushalt könne man nicht warten, es liege sich auch innerhalb des heutigen Gesellschaftsstaates noch etwas erreichen. Er wisse im Süden für die Arbeitnehmer (als Vorstandsmittel des Dresdner Sport- und Bauvereins!), die Wohnungs- und Arbeitserfürsorge sei also nicht bloß ein Monopol der Sozialdemokratie. Nachdem er in dieser Rolle gegen den roten Drachen antwortet, war er am Ende aber doch so gnädig, zu bemerken, die Herren von der äußersten Linke von der Mitarbeit in diesen Fragen nicht ausschließen zu wollen. — Von der konserватiven Partei ergriß trotz der Aufforderung des Vorstehenden niemand das Wort.

Schließlich wurden zwei Resolutionen angenommen, die im Sinne der beiden Repräsentanten gehalten sind. Sie sollen dem Reichstag bzw. dem Rat und den Stadtvorsteher in Dresden übermittelt werden.

Der fürsorgliche Rat.

Zum amtlichen Protokollantrag über eine Ratsitzung ist folgendes zu lesen: „Der Rat bewilligt in teilweiser Vorausnahme einer den städtischen Roslagen demnächst über die Gewährung von Mietzuläufen an Beamte und Bedienstete zugehenden Vorlage die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die Lehrkräfte an den höheren Schulen und besticht insoweit: Sämtlichen Lehrkräften an den städtischen höheren Schulen die bisher gewährten Wohnungs-

geldzuschüsse vom 1. Januar 1913 an um die Hälfte zu erhöhen, den nichtständigen in der Form der Gehaltserhöhung um je 75 M. jährlich; für die Rektoren, Direktoren und ständigen Lehrer und Lehrerinnen an den höheren Schulen das Gesetz vom 2. Juli 1912 in allen seinen Bestimmungen gleichmäßig anzuwenden, und die Besoldungsordnung samt Anstellung- u. w. Bestimmungen entsprechend abzuändern, dabei auch vorzusehen, daß den nichtständigen Lehrern an den höheren Mädchenanstalten für den Fall ihrer Verheiratung ein weiterer Wohnungsgeldzuschuß von 225 M. zu gewähren ist.“ — Diese Vorsorge des Rates ist gewiß recht nett. Sie wäre aber noch nach unserer Meinung anderen Angestellten und vor allem den städtischen Arbeitern gegenüber viel nötiger. Denn diese Schichten sind wesentlich schwächer dran als die Direktoren und Lehrer der höheren Schulen. Da mahnen jedoch die Gehaltsnischen des Rates in der Regel viel, viel langsam und von „Vorausnahmen“ der fraglichen Art ist in den Fällen wohl nie die Rede.

Fasching.

Ein Karnevalszug wird am Fastnachts-Dienstag nun doch noch zustandekommen. Man will an Stelle der in diesem Jahre auf einen Zugzug verzichtenden Gauß mit Hilfe der Dresdner Korporationen, also aus der Einwohnerchaft heraus, einen Zugzug bilden. Auf diese Weise wird vermieden, daß dem „Faschingszug“ grohe Kosten erwachsen; jede Körperschaft stellt ihren Wagen oder ihre Gruppe auf eigene Kosten aus. Gedacht ist an eine Beteiligung der bekannten Dresdner Gesellschaften, großer Unternehmungen (Theater, Varieté, Circus, Kabaretts) usw. Auch erhofft man eine Beteiligung der für die Dresdner Karnevalssaison 1913 angelegten großen Faschingsfeste, z. B. Künstlerkarneval, Japanfest, Preßfest, Alpenfest, Babyfest, Salom und Bohème u. a. Auf diese Weise wäre das Zustandekommen eines Karnevalszuges verübt. Wie berichtet wird, sympathisieren auch die Studenten der Technischen Hochschule mit der Idee eines solchen Karnevalszuges, der Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs leistet dem Plane auch seine Unterstützung, und die Karnevalsgesellschaft Die vom Rhein hat bereits die Zusage ihrer Beteiligung gegeben. Wie die Polizeidirektion auf Erkundigung mitgeteilt hat, stellt sie der Veranstaltung eines Faschingszuges auch dieses Jahr kein Hindernis in den Weg. Das Prüfungsschlagen dürfte jedoch nach den Erfahrungen vom vorigen Jahre verboten werden, wie die Polizei schon früher einmal aufdrückte.

Masken- und Kostümälle. Eine Abänderung der Verordnung über Tanzvergnügungen ist vom Ministerium des Innern erlassen worden. Hierach sollen die beiden ersten Abfälle des § 13 der Verordnung über Tanzvergnügungen vom 8. Dezember 1910 folgende Fassung erhalten: „In der Zeit von Aschermittwoch bis mit 6. Januar sind Masken- und Kostümälle verboten. Im übrigen bedürfen sie der besonderen Genehmigung.“

Freituren. Zum Besuch sächsischer und böhmischer Heilquellen und Kurorte sind auch für das laufende Jahr eine Anzahl Unterstützungen und Freituren zu vergeben. Insbesondere können Personen, die einer Kur in Bad Elster bedürfen, durch die Bewilligung freien Badegenuß auf die Dauer eines Monats, freie ärztliche Behandlung und Befreiung von der Kurtrage sowie auch durch Geldbeihilfen unterstützt werden, aber unter der Bedingung, daß der Kurgebrauch entweder in die Zeit vom 20. April bis 31. Mai oder vom 20. August bis Ende September fällt. Die Unterstützungsgebühren sind bis zum 15. März 1. J. beim Ministerium des Innern, 4. Abteilung, einzureichen.

Die nächste Volksvorstellung des Dresdner Goethebundes findet Sonntag den 12. Januar, vormittags 11 Uhr, im Residenztheater statt. Zur Aufführung kommt: Die Stimme der Unmündigen von Sven Lange. — Karten sind im Gewerkschaftslokal, Altenbergsstr. 4, 1., zu haben.

Vermischte Nachrichten. Der 45 Jahre alte verheiratete Notar Dr. Peder, früherer Rat bei der Landherrnshaft in Hamburg, ist nach jahrelangen bedeutenden Unterschlagungen und Urkundenfälschungen seit dem 3. d. R. flüchtig. Von Dresden aus schrieb er einen Brief an die Hamburger Staatsanwaltschaft und sagte darin, daß er seinen Tod in der Elbe suchen werde. Peder hat fast eine halbe Million Mark Mündgelder veruntreut und große Summen bei Terrain- und Börsenpekulationen verloren. Das Hamburger Bureau seiner Firma wurde amtlich geschlossen. — Am Dienstag abend wurde ein 45 Meter hoher und 8000 Kilometer schwerer Schornstein in der Ziegelei Reichenbach niedergelegt. Und zwar nach dem neuen Verfahren der Unterhöhlung, während diese Arbeiten bisher meistens durch Sprengen mit Pulver erledigt wurden. Am Nachmittag schon sollte die Feste fallen. Da mißlang das Werk jedoch, um dann am Abend ohne Schaden zum guten Ende zu kommen.

Gewerbegericht.

Drei Klagen richteten sich gegen die Schenkwirtin Tögel. In der ersten forderte der Vierausgeber Meier 640 M. Wohnungsentzündigung, weil ihm nach seiner Bedeutung neben 40 M. Monatslohn auch freie Röst und Wohnung versprochen, die Wohnung aber nicht gewährt wurde. Die Beklagte bestreitet entschieden, eine solche Vereinbarung mit dem Kläger getroffen zu haben, sie verpflichtet sich aber schriftlich zur Zahlung. In der nächsten Klage machte der Vierausgeber Diese 24,65 M. Defizitfordernis geltend. Der Kläger hatte nach der Verordnung der Vierausgeber 435 M. Defizit gemacht. In einer früheren Verhandlung wurde ein be dingungsofreier Vergleich geschlossen, wonach der Kläger einwilligte, daß die Beklagte seine Kautio von 200 M. behalte und er sich verpflichtete, weitere 50 M. an die Beklagte zu zahlen. Da der Kläger die 50 M. nicht bezahlte, nahm die Sache ihren Fortgang. Der Kläger macht geltend, daß ihm die Beklagte das Vier zu traurig gemacht habe, so daß er nicht auskommen konnte, und das Defizit innerwendlich sei. Nach eingehender Prüfung gelangte das Gericht zu der Ansicht, daß der Einwand des Klägers nicht unterdrückt ist. Es rechnete heraus, daß die Beklagte nur noch 48,34 M. zu erhalten hat. Vergleichsweise verpflichtete sich der Kläger, dies zu zahlen.

Ahnlich lag die Sache bei dem Vierausgeber Wölfl, der 526,33 M. Kautio zurückforderte, die in zwei Sparfassenbüchern angelegt war. Dies will die Beklagte 156 M. Defizit erzählt haben. Dem Kläger wurde das Defizit bis auf 50 M. zugerechnet. Die Beklagte verpflichtet sich zur Herausgabe der Sparfassenbücher und der Kläger zur Zahlung von 50 M.

Am 12. Dezember wurde der Marktsherr Hebert vom Buchdruckereibesitzer Preiß entlassen, weil der Marktsherr bei einer Auslandserfahrung mit dem Unternehmer Ich zu Besichtigungen hinzog. Seine Forderung ist aussichtslos; vergleichsweise erhält der Kläger noch 1 M. für geleistete Überläden. (Vorleser: Obergewerbeamt Städting. Unternehmer-Befürer: Hoteliers)

Rathaus und Dienstboten, Arbeit-Befürer: Reiner Ullmann und Brauer Hinrichsbusch.)

Aus der Umgebung. Aus den Bezirksschäfchen.

Der Bezirksschafschaf der Amtshauptmannschaft Dresden. Neustadt hielt am Mittwoch eine öffentliche Sitzung ab. Es wurden u. a. genehmigt bzw. beschworene Baubotschaften zu dem Bebauungsplane für das Plangebiet der Gartenstadt Hellerau, das Regulativ über das öffentliche Anschlagswege in Radeberg (bedingungsweise), die Verschmelzung der Armenklasse in Oberlößnitz mit der Gemeindeklasse, der 3. Nachtrag zur Anlagenordnung für Langenbrück, das Ortsgebot der Gemeinde Loschwitz über die Ausbringung der Quarier- und Naturalleinungen für die bewohnte Macht im Frieden (bedingungsweise), der 1. Nachtrag zu dem Regulativ des Armenverbandes Rähnitz über die Besteuerung der Hund (Erhöhung der Steuerhöhe), der 1. Nachtrag zur Ortsbauordnung für Kloster und die Änderung des Bebauungsplanes (Zweck des Nachtrages ist, der zu weitgehenden Ausnutzung des Baugeländes einen Riegel vorgeschrieben), der 4. Nachtrag zum Ortsstatut für Niederpoyritz (Klasseneinteilung der Anfänger), der 2. Nachtrag zur Steuerordnung für Radebeul, die Einziehung der Bachmannstraße in Bühlau als öffentlicher Weg, die Hundesteuerordnung für die Gemeinde Weißer Hirsch und die Änderung der Bestimmungen in § 15 der Verbandsfassung für die Sparasse zu Schönfeld sowie einige Grundstücksvergabungen. Die Erhöhungen der Gebühren bzw. Entzündungen für die Gemeindevorstände zu Oberlößnitz, Cunnersdorf bei Radeberg, Röhrsdorf, Broda, Schönborn und Seifersdorf wurden bestätigt. Die neuen Sitzungen des Landespensionsverbandes sächsischer Gemeinden wurden befürwortet. Endlich wurden noch bedingungsweise genehmigt Dr. Silbermanns Anlage zur Fabrikation chemischer Erzeugnisse in Rähnitz, die Schlachterei-Anlage der verehel. Winkler in Leuben und die Kleinvieh-Schlachterei-Anlage der verehel. Becker in Ober-Röhrsdorf, Broda, während das Geschäft des Fleischmeisters Oelsner in Bühlau um Errichtung einer Schlachterei-Anlage abgelehnt wurde. Ein Geschäft des Zimmermanns Schulze in Ottendorf-Moritzdorf um Gestaltung der Wiederaufnahme des Gewerbebetriebs als Bauunternehmer fand Genehmigung.

In der geheimen Sitzung beschäftigte man sich wieder mit dem heit umstrittenen Bau eines Bezirksskrankenhauses. Altfanken. In der letzten Gemeindeversammlung wurde unser Genossen endlich Gelegenheit gegeben, unser Antrag wegen der Lebensmittelsteuerung zu begründen. Punkt 1 wurde abgelehnt, zu Punkt 2 beschlossen, in weiterer Rücksicht zu gewähren, bei Gefüßen ebenl. auch einen Teil Steuern zu erlassen. Punkt 3 und 4 wurde einstimmig zugestimmt. Des weiteren gelang es uns, zum erstenmal einen Genossen in den Schulvorstand zu bringen.

Deuben. Zur Gemeinderatswahl wird uns noch geschrieben: Unsere Genossen behaupteten alle bisher inne gehabten Größe. In den Klassen der minderbeteuerten Unanständigen und minderbeteuerten Anfänger, in denen unsere Genossen zur Wahl standen, waren Gegengandidaten überhaupt nicht vorhanden. Die Wahlbeteiligung war darum in diesen Klassen auch eine geringe. Heiter entbrannte der Kampf in der Klasse der höchstbeteuerten Anfänger. Hier rangen um den Sieg der Hausbesitzerverein und ein sogenannter bürgerlicher Wahlausschuß. Dieser bürgerliche Wahlausschuß ist ein eigenes Ding. Er tritt immer dann in Aktion, wenn es Herrn Flach, dem Wahlregisseur der bürgerlichen Parteien, nicht gelingt, seine Kandidaten in den zur Aufstellung berufenen Vereinen durchzubringen. So auch hier. Im Hausbesitzerverein war Herr Flach mit seinen Kandidaten glatt abgesessen, er mußte sogar erleben, daß von diesem Verein zwei Personen aufgestellt wurden, die stark im Verdacht standen, der Sozialdemokratie nahe zu stehen. So mußte denn der bürgerliche Wahlausschuß hier, und ein Flugblatt wurde verschickt, in dem lächlich mit dem roten Lappen gewinnt wurde. Mit diesem Mittel gelang es denn auch, zwei Männer von der Liste des bürgerlichen Wahlausschusses durchzubringen, während nur ein Kandidat der Liste des Hausbesitzervereins durchkam. Bemerkenswert ist immerhin, daß die beiden vom bürgerlichen Wahlausschuß als Sozialdemokraten denunzierten Kandidaten 54 und 51 Stimmen in dieser Klasse erhielten.

Schmiedeberg. Eine Mitgliederversammlung mußte sich erneut mit der Aufführung eines unanständigen Kandidaten für den Gemeinderat beschäftigen, da Genosse Chrisham am Sonnabend nach Schluss der Versammlung seine einstimmig bestätigte Kandidatur niedergelegt. Da ferner auch der Genosse Götz durch Wegzug aus dem Gemeinderat scheiterte, machte es sich notwendig, für den an seine Stelle in den Gemeinderat einzutretenden Genossen Fischer einen Erfazmann zu bestimmen. Am Sonnabend den 11. Januar die Gemeinderatswahl stattfindet. Zum Vertreter der 2. Klasse der Unanständigen wurden Genosse Hempe gegen 6 Stimmen und zum Erfazmann Genosse Welt einstimmig von der Versammlung als Kandidaten vorgeschlagen. In das Wahlkomitee gewählt wurden die Genossen Oskar Bätz, Georg Borgmann und Genosse Albrecht. Am Schlusse der Versammlung sprach der Vorsitzende Bemerkenswert ist immerhin, daß die beiden vom bürgerlichen Wahlausschuß als Sozialdemokraten denunzierten Kandidaten 54 und 51 Stimmen in dieser Klasse erhielten.

Genosse Hempe gegen 6 Stimmen und zum Erfazmann Genosse Welt einstimmig von der Versammlung als Kandidaten vorgeschlagen. In das Wahlkomitee gewählt wurden die Genossen Oskar Bätz, Georg Borgmann und Genosse Albrecht. Am Schlusse der Versammlung sprach der Vorsitzende Bemerkenswert ist immerhin, daß die beiden vom bürgerlichen Wahlausschuß als Sozialdemokraten denunzierten Kandidaten 54 und 51 Stimmen in dieser Klasse erhielten.

Genosse Hempe gegen 6 Stimmen und zum Erfazmann Genosse Welt einstimmig von der Versammlung als Kandidaten vorgeschlagen. In das Wahlkomitee gewählt wurden die Genossen Oskar Bätz, Georg Borgmann und Genosse Albrecht. Am Schlusse der Versammlung sprach der Vorsitzende Bemerkenswert ist immerhin, daß die beiden vom bürgerlichen Wahlausschuß als Sozialdemokraten denunzierten Kandidaten 54 und 51 Stimmen in dieser Klasse erhielten.

Am 10. Januar abend noch erhängt im Gehölz des Lößnitzgrundes ausgesuchten und aufgehoben.

Reichenberg. Heute Donnerstag, 9. Januar, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeinderatsitzung. Blättrige Tagesordnung, u. a. Neuwahl der Ausschüsse. Einwohner, erscheint zahlreich.

Wilsdorf. Freitag den 10. Januar, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeinderatsitzung statt.

Donnerstag
8 Uhr, öffentliche
Radebeul
Kino verunglückt
Motorenfabrik
Frankenhaus

Die At
ökonomische
Tiel erzielte
Kota Bogen
Paul Singer &
Halbfrankenberg
Büches das Fot

scheilung, die
seine eigentliche
perialistische H
änge in die
geht. Die
gibt aber zu
blems, das die
Augenlicht der
wird es zu
und die pro
Auge zu
neben der öste
ten seiner Bi
Bestellung.

Die S
eingetreten,
arbeiter und
arbeiter und
jahrzehnt
Madrid, S
Eisenbahngesells
12. d. R. wolle
aufrechtzuhalte
wurde mit
10000 Ein

In der so
tagswahlen w
Stützung des Fr
Faith und Ge
schleben herab
eines pfauenk
Stroher schien
Mit einer Propo
einberufen, ob
finnige Landtag
recht geben wie
Magistrat nur g
aber im übrige
dieser Wahle
Wahlrecht ering
Genossen E
ein und kennzeich
Größe.

Fröhlich
technisch-demonstrati
doch 1906 sogar
ausgeprochen.

Abg. Dr. L
geht so weit, als
S

Ottendorf-Moritzdorf. Freitag den 10. Januar, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung.

Radeberg. Bei einer Reparatur im hiesigen Central-Kino verunglückte am Dienstag der Monteur Lorenz aus der Motorenfabrik von Hille in Dresden. Er mußte in das hiesige Krankenhaus gebracht werden.

Parteiangelegenheiten.

Literatur.

Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Mit diesem Titel erscheint in einigen Tagen ein Buch aus der Feder der Genossin Rosa Luxemburg im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. Berlin. W. 68. Preis droht 8 M. Halbfrauband 8 M. Der Verlag schreibt uns über den Inhalt des Buches das Folgende:

Das Buch ist ein Versuch, den Imperialismus als eine Erscheinung, die das öffentliche Leben immer mehr beherrscht, auf seine eigentlichen ökonomischen Ursachen zurückzuführen. Die imperialistische Politik wird hier durch ihre wirtschaftlichen Zusammenhänge in die besonderen Gezeiten der kapitalistischen Produktion eingefügt. Die Arbeit ist vorwiegend theoretisch-ökonomischen Inhalts, gibt aber zugleich eine historische und kritische Darstellung des Problems, das die Nationalökonomie seit jeher aufs lebhafteste beschäftigte. Augenblicks der Herrschaft und Wollmäßigkeit der Tagesschicht wird es zur dringenden Notwendigkeit, die tieferen Triebfedern und die großen Richtlinien der imperialistischen Entwicklung ins Auge zu lassen. Diesem Zweck soll das Buch dienen. Es zeigt neben der ökonomischen Funktion des Imperialismus auch die Schranken seiner Wirksamkeit und seiner Existenz.

Bestellungen nehmen jetzt schon alle Buchhandlungen entgegen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Aus der Umgebung.

Ist das kein Terrorismus?

Die Firma Richter in Mügeln, Glasfabrik, erließ gestern am ihre Arbeiter folgenden Uta:

Wer sich bis heute mittag im Konto nicht erklärt, aus dem Glasarbeiter- und Fabrikarbeiterverband auszutreten, wird sofort entlassen.

Die Arbeiterstellenauswahl als Antwort auf diese unverharmte Provokation einmütig 10 Uhr vormittags die Arbeit ein und proklamieren in einer sofort abgeholten Betriebsversammlung den Streik.

Zugang ist streng fernzuhalten. Arbeitertreuende Blätter werden um Abdruck gebeten.

Central-Verband der Glasarbeiter (Mügeln).

Inland.

Sozialbewegungen.

Die Buchbinderei in Mainz sind in eine Bahnbewegung eingetreten. Arbeitsangebote von Buchbindern und Kartonagenarbeiten und -arbeiterinnen nach Mainz sind deshalb strikte abzulehnen.

Ausland.

Eisenbahnerstreik in Katalonien.

Madrid, 8. Januar. Die Bahnangestellten der katalanischen Eisenbahngesellschaft haben den Ausstand beschlossen. Am 12. d. R. wollen sie die Arbeit niederlegen. Gendarmerie wurde bereit nach verschiedenen Stationen abgesandt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Schneiderinnenstreik in Neumarkt.

10 000 Schneiderinnen haben sich dem Streik angeschlossen.

Erster Parteitag der Sozialdemokratie Preußens.

ob. Berlin, den 8. Januar 1913.

In der fortgesetzten Diskussion über die bevorstehenden Landtagswahlen wendet sich Heller-Görlitz scharf gegen eine Unterstüzung des Dreiklassens ohne Gegenleistung. Er hebt die politische Fairheit und Geschlechterlosigkeit des Kreisiums, namentlich in Niederschlesien hervor. Wenn wir Eduard Bernstein folgen würden, würden wir damit nur die magdonistische Reaktion im Dreiklassens stärken. Vollenden wir den Befreiungskampf, zu dem sich das preußische Volk vor 100 Jahren erhob.

Adolf Hoffmann-Berlin: Wir sechs im Landtag brauchen dringend Verstärkung, aber aus eigener Kraft und nicht durch Verlegung unserer Grundlage. Die Nationalliberalen, denen Bernstein traut, haben ihn selbst in Breslau gegen einen Strohmann durchfallen lassen! Ohne Gegenfeindlosigkeit keine Situation und kein Mandat. Statt eines pflichtmässigen Dreiklassens möge uns Breslau lieber einen Strohmann schicken, der höchstens ein wenigstens Agitationssstoff. (Beifall.) Mit einer Propaganda für den Austritt aus der Arche bin ich schon einverstanden, aber dann auch Auskunft aus dem Tempel! Eine freiwillige Landtagsmehrheit würde uns ebenfalls ein gleiches Wahlrecht geben wie 1863. Landsberg erwähnt mich, daß ich den Berliner Magistrat nur gegen den Reich in Schlag genommen habe, ich werde aber im übrigen bei einem Kaiserhoch immer demokratisch lebhaft bleiben und nicht loyal standhaft werden. (Heiterkeit.) Das freie Wahlrecht erlangen wir nur durch Gewinnung der Massen. (Beifall.)

Genosse Wurm ist für den Kampf um das Frauenwahlrecht ein und kennzeichnet die reaktionäre Haltung des Landtags in dieser Frage.

Friedrich Altona stimmt Gewehrs Anregung neuer Wahlrechtsdemonstrationen zu. Neuerliche Vorwürfe sind geboten; haben sich doch 1906 sogar die Dreiklassigen im Landtag für das Plurawahlrecht ausgesprochen. (Hört, hört!)

Abg. Dr. Liebenbach: Die Resolution der Landeskommision geht so weit, als nur irgend möglich, und gestattet sogar die Unterstützung von Nationalliberalen, an denen noch ein gutes Haar ist. Wie läßt aber niemand vergessen, daß wir das Dreiklassenwahlrecht nicht durch seine Anwendung, sondern nur durch die gestaltete, begeisternde und opferbereite außerparlamentarische Aktion des Proletariats überwinden können. Selbst wenn sich alle Illusionen über die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses erfüllen würden, bliebe ja doch noch das Herrenhaus und die Krone! Also möglichst viele Sozialdemokraten als geschworene Freunde der Interessenchaft in ihre Feste hinein, und ein immer stärkeres, leidenschaftlicheres Proletariat, das die Feindseligkeit von außen bestimmt! (Lebhafte Beifall.)

Ein Antrag Bernstein, unterstützt von Breslau, Magdeburg u. a. will die Resolution dahin ändern, daß dort wo sozialdemokratische Wahlmänner nicht ausgestellt sind, die Fortschritts- und mit ihnen zur Bekämpfung konserватiv-konservativer Kandidaten verbündete Nationalliberalen zu unterstützen sind. Genoß soll bei Abgeordnetenstichwahlen glänzenden Bürgerlichen vorgegangen werden. In den meistens erwähnten Wahlkreisen soll, falls wie genügend diese Wahlmänner haben, um mindestens eins der links-parteilichen Mandate zu verlangen, für Linksliberale nur gegen die Verpflichtung dieser Parteien eingetreten werden, ihre Wahlmänner zur Abstimmung für einen Sozialdemokraten anzuhalten. Die Liste dieser vorwiegendlichen Wahlkreise hat die Landeskommision bei Eröffnung des Wahlkampfes der sozialdemokratischen Parteileitung bekanntgegeben. Als Stadtmaster des guten Willens der Linksparteien wird die Ausstellung unabhängiger Wahlmänner betrachtet werden.

Ein Antrag Jacobson und Genossen will der Resolution die Bedingung der Verpflichtung der zu unterstützenden Bürgerlichen gegen Mehrstimmenrecht, Verschlechterung der Drittteilung und alle anderen Wahlrechtsvergleichungen hinzufügen, weiter in Abzug A. Piffer 2, einslängt: „Unter der ferne Vorauflage der Piffer 2 und mit Genehmigung des geschäftsführenden Ausschusses. Und den zweiten Satz in B 2 folgendermaßen ändern: „Wird diese Abstimmung bewilligt, wird ferner die Vorauflage von A 2 erfüllt, so stimmen die sozialdemokratischen Wahlmänner mit Genehmigung des geschäftsführenden Ausschusses schon im ersten Wahlgang . . . u. u.“

Ein Antrag Behrends und Genossen willst einen Absatz B, wonach in mehrmännigen Wahlkreisen wie die Wahlmänner derjenigen bürgerlichen Parteien wählen, deren Wahlkomitee sich verpflichten, uns ein Mandat abzutreten, vorausgesetzt, daß die Parteileitung für diesen Wahlmann schriftlich seine Unabhängigkeit und Bereitschaft zum Eintritt in einen Sozialdemokraten erklärt hat. Bei Nichterfüllung dieser Bedingungen ist Stimmenthaltung zu üben.

Die Diskussion geht weiter.

Werner-Berlin II meint, daß die Reichsverbandsmethoden des Kreisiums das Vertrauen mancher Genossen auf ihn schon noch bestätigen werden. Er tritt dann für einen Antrag ein, wonach die Genossen bei Nachwahlen, die von vornherein aussichtslos erscheinen und unter ungünstigen Umständen stattfinden, mit Zustimmung der Landeskommision vom 1. Januar der Beteiligung an der Wahl bestellt werden können.

Landtagsabg. Leinert-Hannover ist für die Resolution der Landeskommision. Wir müssen bei den Urwahlen unsere ganze Stärke aufbieten. Die Situation ist durch das Scheitern des Willow Bills und das Reichstagswahlrechtshandkommen verändert. Aber an der Gegenfeindlosigkeit müssen wir unbedingt festhalten. (Beifall.)

Schäfer-Buchum betont die Einsetzung der Resolution als antiparlamentarisch und tritt für die Abänderungsanträge Bernsteins ein. Über die Resolution der Landeskommision gibt auch gelegentlich weitere Spleiße. Wir würden große Verwirrung stiften, wenn wir unseren Parteigenossen auseinandersehen wollten, daß uns nicht eine einzige reaktionäre Masse gegenübersteht, wie das Landsberg auseinandergesetzt hat. Solange wir das aber den Genossen nicht klar machen können, werden wir auch das Dreiklassenwahlrecht nicht stützen.

Reichstagsabg. Eduard Bernstein bemüht gegenüber Hoffmanns Hinweis auf sein Breslauer Landtagswahlereignis, daß er seine Ausnahme für sich haben und auch von den Gegnern nur als Parteigenossen behandelt werden will. (Beifall.) Um das Maß der Gegenfeindlosigkeit rechtzeitig feststellen zu können, habe ich die Abänderungen der Resolution benötigt. Die Nationalliberalen sind überall verschieden geartet, und es kann bei der Umgestaltung des Wahlrechts im neuen Landtag auch sehr auf die einzelnen Nationalliberalen ankommen. Die Dreiklassigen aber haben, so gering wie sie auch eindringlich, großes Interesse an einer Aenderung des Gesetzes zur Durchsetzung der Wahlrechtsvergleichung. Der Wahlkampf muß eine machtvolle Wahlrechtsdemonstration werden, und das, was der kommende Landtag draut, möglichst wenig schädlich für die Arbeiterklasse sein. Dafür müssen wir sorgen.

Landtagsabg. Ströbel-Berlin: Gerade wegen des Bochumer Kritik, die völlig unberechtigt ist, müssen wir an der Einsetzung der Resolution festhalten. Die Erkenntnis, daß im Dreiklassenparlament für das Wohl des Volkes nichts getan werden kann und also das Hauptziel auf der Agitation draußen liegt, ist doch kein Antiparlamentarismus! Wir müssen auch in diesem Wahlkampf durch unsere Taktik dazu beitragen, daß die bürgerlichen Parteien aus Angst vor der immer stärker werdenden Volksbewegung zu Fortschritten in der Wahlrechtsfrage gedrängt werden, dürfen aber in den Massen nicht die Illusion großer parlamentarischer Erfolgsmöglichkeiten erzeugen, sondern wollen auf dem geraden Wege des Klopfenkampfes vorwärts schreiten. (Beifall.)

Ein Schluswort wird angenommen.

Im Schluswort wendet sich Hirsch gegen die Kreisiums Zeitung, die gestern bestreit, daß Hirsch an den Böllerschen Wahlrechtsabg. im Landtag etwas Erfreuliches gefunden habe. Diese Tatsache wird durch das amtliche Stenogramm und die Broschüre des verstorbenen Abgeordneten Barth über die Kreisiums im Block bewiesen! Der erweiterte Vorstand der Kreisiums im Block empfahl damals die Haltung der Abgeordnetenhausfraktionen und forderte, daß Willow bei der Wahlrechtsinterpellation im Reichstag ein klares Miethausen-Denkmal ertheilt werde. Dies geschah aber nicht, weil die Kreisiums-Volkspartei in der Fraktionsgemeinschaft im Reichstag gegensohn Einspruch erhob. Der Redner hebt den sehr erfreulichen Verlauf der Diskussion und die Einigkeit darüber hervor, daß sich der zu unterstützende Kandidat auch für eine bessere Wahlrechtsvergleichung müsse, wie die Unterstüzung von Buntzlandabg. eben nur zur Möglichkeit erfordert. Will Bernstein lieber die Buntzlandabg. als Wahlkampf zu treiben? Das scheint sogar dem Berliner Tageblatt zu weit gegangen. Wir stellen den Fortschrittkandidaten keine schwierigen Bedingungen, sondern verlangen nur, daß sie ihr eigenes Programm einhalten. (Hoffmann: Das ist die schwere Bedingung! Große, zustimmende Heiterkeit.) Wir wollen die Kreisiums nicht dessen, sondern machen ihnen Vorschläge für den Wahlkampf. Richten sie sich nicht daran, so fallen später auch alle Vorsätze wegen der Stärke der Reaktion auf die Kreisiums. (Lebhafte Zustimmung.) Der Redner bespricht dann die verdeckten Ansprüche und meint zu dem Buntzlandabg. Vorschlag auf Ausscheidung einer Liste der Buntzlandwahlkreise, daß man wohl zu der Landeskommision das Vertrauen haben könnte, daß sie nur das verlangt, woran die Sozialdemokratie nach dem Ausfall der Urwahlen Anspruch hat. (Bernstein: Sché gut!) Bernstein hat sich den Standpunkt der Landeskommision so angenähert, daß er, wenn wir noch einige Tage verbleiben, ganz für die Resolution stimmen würden. (Heiterkeit.) Alle Einzelfälle kann die Resolution nicht dorfieren, aber sie gibt eine Richtlinie für Freunde und Gegner. Je einmütiger Sie sie annehmen, um so wichtiger unsere Kundgebung nach außen. (Zustimmung.) Landsberg gegenüber bemerkte ich, daß ich kein Buntzland bin, sondern nur ausgesprochen habe, was ist. Das wie nur Scheitert mir Schrift vorlesen können, ist klar. Eine Gelegenheit, um die Kreisiums zu töteln, bietet der Wahlkampf. Wenn wir den Willen, ernstlich gegen das Dreiklassenystem anzutreten, durch Annahme der Resolution befinden, so haben wir unsere Schuldigkeit getan und können den Kreisiums nur zutun: Tut ihr die eure! (Lebhafte Beifall.)

Bernstein zieht seinen Antrag mit der Begründung zurück, daß ihm die Auslegung der Resolution durch Hirsch bestreitet habe. (Beifall.) Sie Magdeburger schließen sich diesem Vorgehen an, worauf Hirsch noch feststellt, daß die Deutung unrechtfertig wäre, als ob sich die Landeskommision zur Aufzählerung des Antrags Magdeburg befiehlt hätte.

Unter Annahme des Antrags Königswarz (der Parteidirektor und der geschäftsführende Ausschuss der Landeskommision bilden das Zentralwahlkomitee für die Landtagswahl) und Ablehnung bezw. Zurückziehung der noch vorliegenden Anträge wird die Resolution der Landeskommision abgelehnt. (Lebhafte Zustimmung.)

Angenommen wird auch ein Antrag Gewehr-Ebersfeld, der die Wahlkreisabstimmung verpflichtet, dafür zu sorgen, daß als Spitzenabg. in jedem Wahlkreis dem Wahlvorsteher die Namen der sozialdemokratischen Wahlmannkandidaten, nach Maßen geordnet, mitgeteilt werden.

Der nächste Punkt, die Sozialpolitik im preußischen Landtag, wird von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem Haase

mitgeteilt hat, daß rechtzeitig ein Landtagswochenschaubuch erscheinen wird, das dieses Thema ausführlich behandelt.

Ein Antrag Breslau, betreffend die Befreiung der Dissidentenkinder vom konfessionellen Religionsunterricht, wird der Landtagsfraktion überwiesen.

Haase zieht folgende Resolution gegen die Polen- und Dänen-Politik:

Der Parteitag der Sozialdemokratie Preußens verurteilt aufschärfst die von der Regierung und den sogenannten nationalen Parteien betriebene Entfeindung der nichtdeutschen, insbesondere der böhmisches und polnischen Staatsangehörigen. Indem Gesetze und Verwaltung den Angehörigen dieser Nationen das natürliche Recht auf den Gebrauch der Muttersprache und die Gleichberechtigung im öffentlichen Leben namentlich im Unterrichts- und Rechtssektor, vornehmlich, sprechen sie allen Grundsätzen staatsbürglicher Gleichberechtigung und moderner Verwaltung Polen und erniedrigen die Staatsangehörigen fremder Sprüche zu rechtfestigen Untertanen. Der Parteitag fordert gleicherweise Verein- und Versammlungsberechtigung, gleichen Schutz von Person und Eigentum und das gleiche Recht auf die eigene Sprache für alle.

Der Parteitag verurteilt insbesondere die von der preußischen Gesetzgebung beschlossene und nunmehr zur Anwendung gebrachte Entfeindung der Staatsangehörigen im Dienste nationaler Unterdrückung, so sehr er die Einführung des Entfeindungsrechts an und sie sich feindlich gegenüberstellt und das Vorgehen der preußischen Staatsorgane als Vorbild der künftig im allgemeinen Volksinteresse vornehmenden Entfeindung alles, insbesondere des landwirtschaftlichen Großbesitzes, degradiert.

Der Parteitag brandmarkt das Verhalten der Fraktionen, die sich als Beschützer des polnischen Volles gegen preußische Unterdrückung ausgeben: der Polenfraktion und des Zentrums. Beide lehnen zwar die besonderen polnischstämmigen Gelege ab, stehen jedoch aus agrarischen und sonst reaktionären Interessen im engen Bündnis mit den kontraversiven Parteien, die zu dem Haupttreppen der Unterdrückung gehören, und damit der preußischen Regierung. Sie fordern nicht das Recht des Volles auf seine Muttersprache im vollen Umfang, degradieren sich vielmehr mit der einseitig hierarchischen Hierarchie des Religionsunterrichts in der Muttersprache. Sie führen durch ihre gesamte Wirtschafts-, Schul- und sonstige Politik gerade dem polnischen Volles in Preußen besonders vernachlässigte politische Volles den größten Schaden zu.

Der Parteitag ruft daher die polnische Arbeiterschaft und das gesamte polnische Volk auf, sich von diesen volksverräterischen Parteien loszutrennen und sich der Sozialdemokratie anzuschließen: der einzigen Partei, die für Recht und Brodt, Fortschritt und Freiheit aller Volles jederzeit eingesetzt ist und jede Art wirtschaftlicher, politischer, nationaler und religiöser Unterdrückung rücksichtslos bekämpft."

Der Redner erachtet, diese Fragen auf dem nächsten preußischen oder deutschen Parteidirektor eingehend zu erörtern, da es sich um die Rechtsdeutung gegenüber einem Neuntel der preußischen Bevölkerung handele. Die Polenentlastung ist nur ein Stein in der gefährlichen preußischen Nationalitätenpolitik, die mit der Verachtung der Muttersprache in den Volksschulen anfängt und eine Kette von Gewalttäten darstellt. Die Liberalen verbinden sich mit dieser Politik, das Zentrum verrät seine politischen Anhänger und die Polen können sogar für die Erhöhung der Zivilisten. Ihre Hauptstrengungen sind dem Kampf gegen die Klassenorganisation der Arbeiter durch Entfeindung des Chauvinismus gewidmet. Die Sozialdemokratie aber, als Vorkämpfer aller Unterdrückten, tritt auch für die entzweiteten Polen und Dänen ein, bringt ihnen das Evangelium des Sozialismus.

(Stimmlicher Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Weiter liegt eine Resolution vor, die die Unmöglichkeit der Regierung gegenüber der Fleischzuteilung brandmarkt und die ihre Entfeindung darüber anspricht, daß viele Gemeinden selbst von den geringsten Vergünstigungen, die die Regierung auf Grund des Deutsches der öffentlichen Meinung gewährt hat, keinen Gebrauch gemacht haben. Besonders drückt die Resolution ihre Entfeindung darüber aus, daß die Gemeindeverwaltung von Berlin in nächster Zeit mit der kommunalen Fleischverteilung aufzuhören will.

Die Resolution wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Haberland-Düsseldorf dankt dem Bureau für die umsichtige und unparteiische Leitung der Verhandlungen, und den Berliner Genossen für die großen Verdienste, die sie sich um das Buntzlandabkommen und den guten Verlauf des Parteidirektors erworben haben.

Vor. Eugen Ernst: Wir haben in den drei Tagen ein reiches Bild Arbeit geleistet. Die Debatten waren ruhig und sachlich und würdig stellt sich der vierte Preuentag seinen Vorgängern an die Seite. Das entsprechenende Land der Landarbeiter ist uns vor Augen geführt worden und wir haben auch sehen müssen, wie ganze Volksstämme in Preußen noch rechtsler sind als die anderen Einwohner. Wir haben Protest erhoben gegen die Drangollerungen und Schlägereien der Polen und Dänen. Was ist das für eine dumme Politik, gerade die Bewohner der Stengelstrasse durch ungerechte Maßnahmen zu Segen des Staates zu machen! Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand unsere Taktik für den bevorstehenden Landtagswahlkampf. Wir sind einig über die Notwendigkeit, die Massen über ihre Rechtlosigkeit aufzuklären und sie zu fleckenbewußten Abhängigen der Sozialdemokratie zu machen. Wir haben deutlich ausgesprochen, was wir wollen. Die bürgerlichen Parteien wissen nun, wovon sie sind. Jeder Wahlkreisfreund bietet wie die Hand, jedem Wahlkreisfeind die Faust. (Bravo!) Mehr als bisher werden wir unsere Aktion auch auf die flache Land hinzuwirken und den unterdrückten Landarbeiter das Evangelium des Sozialismus predigen. Zum Kampf müssen wir die Reihen schließen und die Lücken in den Organisationen ausfüllen. Der einzelne darf auf sich keine Rücksicht nehmen, gilt es doch etwas Höheres als das Leben. Ein Gedanke muss entstehen, jeder muss der erste sein wollen, um für die Partei zu arbeiten. Wenn wir in diesem Sinne kämpfen dann wird der erste große Freiheitskampf des preußischen Volles entschieden werden. In diesem Sinne haben wir getagt und ich schließe unsere Verhandlungen mit unserem alten Schlachtruf: Die internationale, die deutsche, die preußische Sozialdemokratie. Sie lebe hoch!

Gerichtszeitung.**Geldgericht.****Eine teure „Schere“.**

Am 21. April d. J. unternahm der Kunstmaler Schulze mit seiner Frau, Herrn und Damen, eine Autopartie von Königstein nach Pirna. In der Flut von Kreischaß fuhr das Gefährt an dem Baulisten Zwischner aus Wiesa vorüber, der gegen Abend spazieren ging. Er ergriff einen Graben und warf damit ins Auto und traf Frau Bassial. Die Betroffene glaubte, sie sei geschossen worden und fiel mit der neben ihr sitzenden Frau Schulze in Ohnmacht. Durch den Schreck hat sie einen Herzschlag davongetragen und war längere Zeit krank. Der Autoführer hielt an und man stellte den Attentäter. Er entschuldigte sich wohl, aber mit dieser Gestaltung war man nicht zufrieden. Er wurde angenommen und in Pirna der Polizei übergeben. Vor dem Schöffengericht Pirna, wo am 1. November Hauptverhandlung stattfand, wurde er zu 50 R. Strafe eventuell 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Hauptbeschuldigte, Frau W., batte sich dem Prozess als Nebenklägerin angegeschlossen. Gegen das Strafgerichtliche Urteil hatten der Anklagte, Staatsanwalt und Nebenklägerin Berufung eingelegt. Neben dem Strafprozess spielt auch noch ein von Frau W. angestrengter Zivilprozess. Der Vorsitzende des Gerichts bemühte sich mit Erfolg, beide Prozesse zugleich aus der Welt zu schaffen, indem man sich auf folgenden Vergleich einigte: Die Berufungen wurden zurückgeworfen und er zahlte an Frau W. eine Summe von 1000 R., sowie alle gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten und Verlöge, auch die der Nebenklägerin. Er verzichtete ferner, am 1. März und am 1. Juni je 500 R. zu zahlen. Bleibt er mit einer Rate ganz oder teilweise erstaunlich, ist sofort die volle Summe fällig.

Straftatbestände.

Der in Göthe wohnende Schreiner Ernst Otto Fischer hatte sich wegen Verschwendungen unfruchtbaren Handlungen mit Personen unter 14 Jahren zu verantworten. Er wurde nach geheimer Verhandlung zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis und 8 Jahren Eheverbot verurteilt.

Schöffengericht**Polizei und Justiz.**

Vor dem hiesigen Schöffengericht sind gestern ein interessanter Prozeß seinen vorläufigen Abschluß. Neben dem Gericht treten als handelnde Hauptpersonen auf: der Gendarmer Werner, der Feldwebel Bapdorf, der Kaufmann Oskar Reno Zimmermann und drei unbeteiligte Zeugen. Der Gendarmer ist mit dem Fiedelwebel vertraut. Dieser ist mit Zimmermann gut bekannt. Der Gendarmer hatte von dieser Bekanntschaft Kenntnis und kannte auch R. Diesem war aber der Gendarmer angeblich nicht bekannt. Er befand sich in der Nacht zum 28. Oktober im Restaurant der Frau Koch-

muth an der Ecke der Elisen- und Hammerstraße. Dort hielt sich auch der Fiedelwebel mit Frau und Schwiegermutter auf. Gegen 1 Uhr sollten die Gäste bezahlen und mit Rückicht auf die Polizeistunde das Hotel verlassen. R. geriet mit der Kellnerin in Diskussion wegen der Rechnung, die ihm mit etwas über 8 M. zu hoch erschien. Er verlangte Spezialisierung, sonst wollte er überhaupt nicht bezahlen. Das Anrechnen des Feldwebels, daß er für ihn die Rechnung bezahlen möge, wies R. zurück. Da die Polizeistunde bereits übergetreten war, öffnete die Kellnerin die Tür, um einen Schuhmann zu rufen. Der Gendarmer Werner stand direkt vor der Tür und konnte daher gleichzeitig in Aktion treten. Er forderte R. auf, zu bezahlen und das Hotel zu verlassen. Er ließ sich nicht beeindrucken und der Gendarmer holte ihn deshalb an, um ihn gewaltsam hinauszubringen. An der Tür befand sich R. und erklärte, er werde die Geschichte beklagen. Der Schuhmann hielt dann die Sache für erledigt; er ließ R. los und nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß er wirklich bezahlt habe, verließ er das Hotel und ließ die Türe offen. Die übrigen Gäste hatten inzwischen auf die Aufrufung des Schuhmanns hin ebenfalls das Hotel verlassen, waren in die Elisenstraße ein und blieben auf der gegenüberliegenden Straßenseite stehen. Als der Gendarmer das Hotel verließ, hörte ihm R. sagen: „So ein Haderlump, verflucht!“ Er eilte deshalb dem Gendarmer nach, um dessen Verächtlichkeit festzustellen. Der Gendarmer war in die Hammerstraße eingebogen und hatte sich schon ein Stück entfernt, als er von R. eingeholt wurde. R. kehrte ihm wegen der Beleidigung zur Rechte und verlangte seinen Roman, weil der Gendarmer im Hotel war und infolgedessen keine Rummel gehabt werden konnte. Nun kam es abermals zu einer Zusammenstreuung und zu einem Handgemenge, durch das die auf der Straße stehenden Zeugen — unter denen sich auch der Feldwebel befand — angelöscht wurden. Mit dem vom Gendarmer erbeuteten Hilfe des Feldwebels wurde R. nach der Woche gebracht; er ging ruhig mit. R. ist angeklagt, sich auf der Straße der Aufführung und des Widerstandes schuldig gemacht zu haben. Er bestreitet das. Im Nachtlager soll der Gendarmer nach dem Weggehen nicht ein guter Bekannter und Verwandter von mir wäre, hätte ich Ihnen möglichst die Freiheit verleihen können! — Der Schuhmann bestreitet, beim Verlassen des Hotels jene Beleidigung gebracht zu haben, er habe sie aber ebenfalls gehört. Er habe nur auf dem Wege zur Straße gefragt: „Wenn hier ein richtiger Witz gewesen wäre, der hätte Ihnen die Freiheit verleihen können!“

Ganz zufällig hatte der Vorgang drei unbeteiligte Beobachter gefunden, die vollkommen übereinstimmende Wahrnehmungen gemacht hatten. Der Vorarbeiter Brammle, die Klempnerknechtfrau Füll und die Werkmeisterin Helm kamen gerade nach Hause und waren im Begriff, die Haustür in der Nähe des Hotels aufzuschließen, als der Gendarmer erregt aus dem Hotel kam und die von ihm Angeklagten behauptete Beleidigung tat. Der Vorgang war so

ungegewöhnlich, daß ihr Interesse gleichzeitig geweckt wurde. Als bald danach R. aus dem Hotel kam und dem Gendarmer nötigte, begaben sie sich ebenfalls doch hin, wo die beiden zusammentrafen. Sie hörten sehr deutlich die laute Stimme des Schuhmanns, der R. aufforderte, seine Wege zu gehen, während sie von den beiden R. nur das Wort „Ramen“ verstanden. Der Zusammenhang war den drei Zeugen sofort klar. Sie sahen dann, wie der Gendarmer den R. ansah, und wie dieser den Hut verlor, auch wie dieser vergeblich Hut und Schirm mitnehmen und sich schließlich beschwagen loszulassen wußte. Sie folgten zur Wache und blickten draußen stehen. Alle drei hörten die von dem Angeklagten wiederholte Beleidigung des Schuhmanns. Mit den übrigen Zeugenaussagen war nicht viel anzufangen. Der Feldwebel war in den entscheidenden Momenten nicht dabei und mußte infolgedessen nicht. Er behauptete aber, daß während des Transportes noch der Wache der Gendarmer sagte: „Wenn ein richtiger Witz gewesen wäre, der hätte Ihnen die Freiheit verleihen können.“ Daraus ergab sich aber zwischen seiner und des Gendarms Aussage ein unlösbarer Widerspruch. Der Feldwebel behauptet mit Bestimmtheit, daß der Gendarmer ihm mit den Worten zur Hilfe aufforderte: „Bitte, Herr Feldwebel. Sie möchten mir mal mit helfen.“ Der Gendarmer dagegen sagt, daß er seinem Verwandten nie mit „Sie“ und „Herr Feldwebel“ anredet. Während der Bezeichnung der Zeugin Helm kam es zu einem Zusammenspiel zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger Richteramt Dr. Brendt, der beinahe zur Mandatsniederlegung geführt hätte. Der Vorsitzende machte dem Verteidiger den Vorwurf der „Beleidigung“, da er in der Würdigung dieser Zeugenaussage durch den Verteidiger erledigt. Daraus wurde die Zeugin aber so deutlich, daß nunmehr ein Widerspruch ausgeschlossen war und sich die Ausführung durch den Richteramt als die richtige erweist. Der Vorsitzende war gezwungen, den Vorwurf zurückzunehmen. — Nach den Beweisergebnissen unterlag es keinem Zweifel mehr, daß die Darstellung des Angeklagten richtig war. Nun befand sich der Schuhmann aber nicht in rechtzeitiger Amtsausübung und es konnte somit bei dem Vorrange auf der Straße auch von seinem Widerstand gesprochen werden. Erwiesen war ferner, daß der Angeklagte keine Aufführung begangen hatte. Der Schuhmann durfte infolgedessen nicht vereidigt werden, und das wäre auch für alle Beteiligten die beste Lösung der Schwierigkeiten gewesen. Schlimmer wurde die Geschichte aber dadurch, daß das Gericht den Mann vereidigte, gegen den wegen der Strafe ein Disziplinarverfahren schwante, dessen Ausgang von dem Ausgang dieses Strafverfahrens abhängig gemacht wurde. Den Schuhmann kann auch nicht die gesetzlich beziehbare Würdigung der Beweisergebnisse durch das Gericht retten, da bei Angestellung wegen Widerstandes in zwei Fällen je 40 R. Strafe verurteilt und dieses Urteil kommt begründet, daß es dem Schuhmann vollen Glauben beimahnt und die Fälle, über die im kommenden Darstellung der anderen Zeugen als durch „Parteinahme beeinflußt“ bezeichnete.

Teuere Zeiten!

Record-Zahn-Praxis
Zahnersatz — Für guten Zahn voller Garantie. —
— Kunstvolle Plombierungen. —
Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse. — Reparaturen billigst.
Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen M. 1.—
Glänzende Anerkennungen.

Gewissen- Uhr repar. Uhren **Federbetten** reinigt jedes Federbett **Cannula** Cannula
Feder 75 Pt., Reisigen 1 M. nur **Drehsäuse** 1 a., 1. Etage

Gießkannenhäuse in ff. neuen u. gebr. Antiken, Uhren, U. Uhren, Uhren
gebr. Antiken, Uhren, U. Uhren, Uhren
zu jed. Anwendung. Wr. all. spottbill. **K. Scheffler**, Meißnerstr. 18.

H. Rau (Wanderer) 22 M., guerba.
H. Rau zu verl. Opfer. 15. L. Neu.

Für Stotternde!

Trotzdem ich schon mehrere Male in Dresden Sprechstunde abgehalten habe, laufen ständig noch Anfragen bei mir ein, worin ich um briefliche Auskunft über meine Methode gebeten werde. Ich habe mich deshalb entschlossen, am Donnerstag den 10. Januar, von 11-1 und 2-7 Uhr im

Hotel Germania, Wilsdruffer Strasse 23

nochmals Sprechstunden abzuhalten. Ich bitte alle Leidenden, sich vertraulich an mich zu wenden. Jeder Stotterer kann sich mit Hilfe meiner sehr einfachen Methode durch Selbstunterricht in kurzer Zeit vom Stottern befreien (ohne Medikamente). Bei Kindern kann das Leid von den Eltern befreit werden. (Es ist nicht notwendig, daß Kinder zur Sprechstunde mitgebracht werden). Viele Tausend Leidende haben sich in kurzer Zeit mit meiner Methode selbst geheilt.

Vor einiger Zeit schrieb mir ein Pädagoge: „Ihre Methode müßte einen Ruhmes- und Siegeszug durch die Welt machen.“ Im letzten Jahre gingen über 500 Dankesbriefe bei mir ein. Eine große Anzahl Original-Dankesbriefe liegen in der Sprechstunde zur Zeit einsicht aus. Praktische Berater und Lehrer, die zur Zeit selbst Stotternde sind, erhielten von mir von Stottern befreit. (Viele hatten vorher bis zu acht Monaten ohne den gewünschten Erfolg behandelt.) Diese beispielhaft Original-Dankesbriefe stehen zur Verfügung. Früher war ich selbst sehr starker Stotterer und habe mich nach vielen erfolglosen Kurzen in den besten Anstalten selbst vom Stottern befreit. Die Auskunftsteilung nimmt für jeden Besucher nur 10 Minuten in Anspruch. Meine Methode ist der billigste und weit einzigartigste Weg zur Sicherung und gründlichen Befreiung des Stotterleids. Für die Auskunftsteilung ist nur eine Gebühr von 1 Mark zu entrichten.

Internationale Sprachheil-Anstalt Hannover Friesenstrasse 82. — Fernsprecher Nr. 8871. Dir. Warnecke.

Eiedermeister.

Gewerbungen sind zu richten an Max Endlich, Niederpeitzweg, Bergstraße 24 E.

Bäckerlehrling

wird zu Ostern unter günstigen Bedingungen gefüllt. Bäckerei und Kleidung frei.

Woldemar Winter
Braunsdorf bei Tharandt.**Land-Gänse**

feine Stoffen, zum Gänseweihfest, Glöckchen oder Gänsestäbe, Wib. 65 Pf., Setzen Bäckerleib, Wib. 110 Pf., 1/4, Wib. 85 Pf., schien Bienenhonig, Wib. 70 Pf., empf. Russische Handlung

Reitbahnstraße 4.

Cossmannsdorf.

Empfehlung der gebräuchlichen Einwohnerchaft meine

Elektrische Mangel

zur gefüllten Benutzung. Richtigungsvoll

Emil Rümmermann u. Frau.**Fahrrad-Mäntel**

Gürtel, Stetten, Wedale usw. sowie alle Reparaturen schnell und preisw. O. Schneider, Hünfelder Str. 11

Herren-Wäsche

Krawatten, Blaue Anzüge, kaufen man am billigsten bei

E. Köhler, An der

Empfehlung Zigarren nur eigen. meine Fabrik

Karl Gleditsch

zur überzeichneten Rabaten gefertigt, einer gerechten Bezahlung.

K. Scheffler, Meißnerstr. 18.

H. Rau (Wanderer) 22 M., guerba.

H. Rau zu verl. Opfer. 15. L. Neu.

Geübte Packerinnen sowie Arbeiterinnen

werden sofort gesucht
Georg A. Jasmatzi A.-G.
68 Schandauer Strasse 68.

Verband der Fabrikarbeiter
Zahlstelle Plauenscher Grund.

Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß der Kollege

Albert Danders

auf Dippoldiswalde im Alter von 28 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Verwaltung.

Verband der Brauer- und Mühlenarbeiter
und verwandter Berufungen. Zahlstelle Dresden.

Unsere Mitglieder hierdurch zur Kenntnis, daß der Brauer

Oswald Gebhardt genannt Linke

befürchtigt in der Brauerei Heinrich, plötzlich aus dem Leben schied. Die Beerdigung erfolgt Freitag vormittag 11 Uhr auf dem Zittauer Friedhof.

zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Für die vielen wohlmeinten Beweise von Liebe und Achtung beim Beisammensein meines lieben Gatten

Herrn Paul Drechsler

sage ich hierdurch allen meinen herzlichsten Dank, besonders den lieben Hausbewohnern und seinen werten Arbeitskollegen für die herzliche Teilnahme.

Die trauernde Gattin.

Zurückkehrt vom Grabe meines lieben Gatten, unseres Vaters Karl Gleditsch sage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Partei- und Arbeitsgenossen für den überaus reichen Blumenstrom und die ehrenvolle Begleitung zur letzten Ruhestätte meinetn liebgestorbenen Vater.

Die trauernde Gattin Ernestine Gleditsch.

